

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Saale öffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugspreis für alle Ausgaben: 10 Pf. monatlich. Nr. 2 — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringericht. Nr. 3 — vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausländische Buchhändler. — Bezugs-Schließungen nehmen ausgedient entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wiesbaden 23, sowie die Ausgabenstellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Ausgabenstellen und in den benachbarten Landstädten und im Rheingau die dienten Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Kunst: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümmerstr. 66, Fernspr.: Amt Uhlstand 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgezeichneten Tagen für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Anzeigen-Preis für die Seiten: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „kleiner Anzeiger“ in einzelner Seite; 20 Pf. in davon abweichender Schriftart, sonst für alle übrigen Seiten einzigen; 20 Pf. für alle außwärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Anzeigen; 2 Mt. für auswärtige Anzeigen. Ganz, halbe, drittel und vierstel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei überdeckter Aufnahme unveränderter Anzeigen in freien Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Freitag, 20. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 85. - 62. Jahrgang.

Die Notlandung.

In dem Entwurf eines Luftverkehrsgesetzes wird im § 15 die Haftpflicht dahin geregelt, daß „wenn bei dem Betrieb eines Luftfahrzeuges, das zur Aufnahme von Menschen bestimmt ist, jemand getötet oder sein Körper oder seine Gesundheit verletzt oder eine Sache beschädigt wird, der Halter des Fahrzeuges verpflichtet ist, dem Verlebten den Schaden zu ersetzen“. Diese Bestimmung wäre an sich durchaus gut, wenn nicht in einem Nachsatz die Erfüllbarkeit ausgeschlossen würde für den Fall, daß „der Unfall weder durch Verschulden des Fahrzeughalters oder einer bei dem Betriebe beschäftigten Person, noch durch einen Fehler in der Beschaffung des Fahrzeuges oder durch Versehen seiner Befestigungen verursacht worden ist“.

Diese Fassung des Gesetzes läßt die Möglichkeit offen, daß ein Fahrzeug, vom Winde herabgedrückt, Schaden verursacht, der dann durch den Flieger oder den Fahrzeuglenker nicht erlegt zu werden braucht. Praktisch ist es für den Geschädigten unmöglich festzustellen, ob der Unfall durch Verschulden oder Fehler oder Versehen der Einrichtungen am Flugzeugapparat erfolgt ist. Jedenfalls wird in den allermeisten Fällen der Einwand erhoben und eventuell durch die gerichtlichen Instanzen weitergehalten werden, daß höhere Gewalt zu einer Notlandung oder zur Herbeiführung des Unfalls geführt habe.

An sich erscheint als die einzige richtige Lösung, daß, wer eine Schädigung eines anderen herbeiführt, dafür zu haften hat. Wer ein Luftfahrzeug hält oder führt, muß damit rechnen, daß er unter Umständen damit Schaden anrichtet, und weil dies der Fall ist, ist er in der Lage und wird auf jeden Fall gut tun, sich gegen Haftpflicht zu versichern. Zu einer solchen Versicherung aber hat das nichtliegende Publikum natürlich gar keine Veranlassung; es kann nicht damit rechnen, daß ihm ein Flieger auf den Kopf fällt oder ihm durch eine Notlandung ein Aderstich oder seine Bauchleibkeiten schwer beschädigt werden. Man kann sich allenfalls damit einverstanden erklären, daß die Haftsumme im einzelnen Fall auf eine gewisse Höhe begrenzt wird, aber nicht damit, daß sie ausgeschlossen wird, wenn die so beliebte „höhere Gewalt“ von dem in Anspruch genommen wird, der das Unfalls angerichtet hat.

Doch es sich bei der Angelegenheit, namentlich in der Nähe der Flugplätze, um recht erhebliche und häufige Schädigungen handelt, geht aus einem Schreibe eines Gutsbesitzers in unmittelbarer Nähe des Flugplatzes Johannisthal hervor. Dieser teilt uns mit, daß in wenigen Monaten nicht weniger als 14 Flugzeuge auf seinem Terrain Notlandungen vornehmen mußten. Niede Notlandung war mit erheblichem Flurschaden verbunden. Wird in solchen Fällen die Haftung ausgeschlossen, so würde das zu einer durchaus berechtigten Mißstimmung der Landbevölkerung gegen die Flieger führen, die sachlich außerordentlich bedauerlich sein würde, da dem notlandenden Flieger unter allen Umständen Hilfe gebracht werden

muß. Aber gerade dieses Bringen von Hilfe führt wiederum zu einer Vergrößerung der Flurbeschädigung, da die bei der Notlandung einsetzende, zum Teil ja auch unerwünschte und nicht nötige Hilfe von allen Seiten herbeiströmt und die Hilfebringenden mit Automobilen, zu Wagen, zu Pferd ohne Rücksicht auf die vorhandenen Anpflanzungen zur Unglücksstätte eilen. In einzelnen Fällen sind in der Nähe des Flugplatzes Johannisthal bei der Notlandung eines Fliegers nicht weniger als $\frac{1}{4}$ Morgen Saat total verwüstet worden. Und nun denkt man erst einmal an die Verwüstungen, die eintreten, wenn ein großes Luftschiff zu einer Notlandung auf freiem Feld gezwungen wird, z. B. eines, das der Militär- oder der Marineverwaltung gehört und das vielleicht auf einem Ader landet, der der einzige Besitz eines kleinen Landwirts ist und dessen Ernteaussichten dabei vollständig vernichtet werden. Wenn hier im gegebenen Fall keine Entschädigung gezahlt werden sollte, so würde das unhalbare Zustände ergeben, und deshalb wird es sich als eine Notwendigkeit erweisen, die Erfüllbarkeit für Sach- und Körperbeschädigungen im Luftverkehrsgesetz anders zu regeln, als dies in der Vorlage der Regierung geschehen ist.

Deutsches Reich.

Der Herzog von Braunschweig und die Welsen. Die „Nat. Lib. Korr.“ schreibt: „In Uenzen im Kreise Hoya ist der Verwalter Melhop einer der eifrigsten Agitatoren des Welfentums. Auf dem von ihm verwalteten Hof finden bisher regelmäßige Welsenversammlungen statt. Wie uns man von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist der Eigentümer des Hofs der regierende Herzog von Braunschweig. Ereigte im Kreise Hoya der herzogliche Hof als Zentrum der Welfenbewegung bisher schon berechtigtes Aufsehen, so durfte man doch annehmen, daß es damit nach der Absage des Herzogs an die Welfenagitation, von welcher der Reichskanzler im vorigen Monat im preußischen Abgeordnetenhaus Mitteilung machte, sein Ende haben würde. Das ist nun aber durchaus nicht der Fall. Offenlichen Bekanntmachungen aufs folge hat auf dem Hof am vergangenen Samstag wiederum eine welfische Versammlung stattgefunden. Auf die Hinweise auf die Absage des Herzogs soll der Verwalter Melhop erwidert haben, er habe noch keine Instruktion erhalten, die ihm die Ablösung welfischer Versammlungen auf dem Hofe verbiete. Sollte der Zustand von unserem Gewohnsmann richtig widergegeben sein, woran zu zweifeln wir keinen Anlaß haben, so dürfen wir wohl hoffen, daß die entsprechende Instruktion so bald wie möglich nachgeholt wird.“

Der Wahlkreis Samter-Bienbaum, der seit 1874 im polnischen Besitz ist, kann bei der Erfahrung für den zurückgebliebenen Grafen Mielzhynski bei Ausspannung aller Kräfte dem Deutschen zurückerobern werden. Die Entscheidung liegt, wie die polnische Presse selbst schreibt, bei den deutschen Katholiken. Diesem Umstand hat man auf beiden Seiten Rechnung getragen, indem die Polen einen katholischen Geistlichen, den Prälat Alos, die Deutschen einen konservativen Katholiken, Herrn v. Haga-Rabitz, als Kandidaten aufstellen. Die Polen gehen in ihrer „Deutschfreundlichkeit“ sogar so weit, daß sie auch Versammlungen in deut-

scher Sprache abhalten. Hoffentlich wissen die deutschen Katholiken diese gelegentliche Freundschaft der Polen richtig einzuschätzen, die doppelt verdächtig ist bei einem Kandidaten, der in dem von ihm redigierten Wochenblatt seine deutschen Glaubensgenossen in schmälerster Weise beleidigt hat, so daß er deshalb sogar getötlich bestraft wurde.

Salvarsan als Heilmittel. Mitteilungen über das Salvarsan, die in den letzten Tagen durch die Tagespresse gingen, lassen die Deutung zu, daß das Kaiserliche Ge- fü und die Kaiserliche Heilmittel abschärfen über dieses Heilmittel urteilt und das Schritte eingeleitet seien, um von Reichs wegen des bezeichneten Arsenaparatus zu verbieten oder seine Anwendung beim Menschen bestimmten Beschränkungen zu unterwerfen. Eine solche Annahme wäre, wie eine offiziell bediente Korrespondenz erfährt, unzutreffend. Gegenüber einer überwiegend günstigen Beurteilung des Salvarsan in ärztlichen Kreisen finden sich allerdings auch Stimmen, die das Mittel verwerfen und vor ihm wegen schädigender Nebenwirkungen, die namentlich vor der Zeit der vollkommenen gegenwärtigen Anwendungswise hier und da wahrgenommen worden sind, warnen. Die Zahl dieser Sachverständigen ist jedoch gering. In solchem abspurenden Sinne hat jüngst auch der Berliner Polizei- und Arzt Dr. Dreuw sowohl mundlich wie schriftlich dem Kaiserlichen Gesundheitsamt gegenüber sich geäußert und ein Vorgehen gegen das Salvarsan angeregt. Seine Darlegungen und Vorschläge werden geprüft werden. Aus den bisherigen zahlreichen Mitteilungen über Salvarsan in der medizinischen Literatur hat sich ein außerordentlicher Anlaß, um den Arzten und den Heilung suchenden Kranken das Salvarsan zu entziehen oder seine Anwendung zu erschweren, nicht ergeben.

Schmuzige Bilder. Die „Braunschw. Landeszeitung“ meldet: Trotz der scharfen Wieschamkeit der polizeilichen Zentralstelle zur Bekämpfung des Schmuzes in Wort und Bild ist auch im vergangenen Jahr im Ausland eine ganze Anzahl neuer Firmen zur Verbreitung pornographischer Photos entstanden, die ihre in deutscher Sprache gehaltenen Kataloge nach wie vor in unzähligen Tausenden nach Deutschland und die deutschen Nachbargebiete verschicken. In Barcelona hat ein Deutscher, der unter dem Namen Herz arbeitet, eine eigene Verbindungsstelle von pornographischen Bildern gegründet, die nach ihren Kataloglisten immer neue Serien herausgibt und im deutschen Sprachgebiet ständige Abnehmer haben muß. Das Auswärtige Amt hat neue Verhandlungen mit der spanischen Regierung eingeleitet, um eine gesetzliche Schließung der Barcelonaer Schmuzfirmen zu erreichen und damit die Unterbindung des noch immer schwungvollen Handels pornographischer Schmuzliteratur nach Deutschland.

Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft. In der im Anschluß an die große Tagung stattgefundenen Sitzung der Kolonialabteilung referierte Professor Dr. Gruber (Amstetten) über „Aufgaben der Pflanzenzüchtung in den Kolonien“. Der Redner betonte, daß grundsätzlich die Einführung nichtbodenständiger Pflanzen aus anderen Gegenden in den Kolonien sich nicht als zweckmäßig erweise; nur zum Teil habe die Einführung Erfolg. Damit sei aber nicht gesagt, daß die Einführung von Pflanzen überhaupt abzulehnen sei. Die Einführung des Tabaks in unsere Kolonien beweist, daß sie bisweilen sehr rentabel werden kann. Aber man muß bei der Einführung vorsichtig zu Werke geben; sie

arbeit, hüpfte dann auf den Boden, um ein Würmchen aufzunehmen, reberte da weiter und ließ sich dabei gar einen Augenblick auf der Spitze meines Schuhs nieder. Meinem Geplauder hörte es mit dieser Andacht zu, aber es gab nur selten einen leisen Ton als Antwort.

Ich eilte ins Haus, holte aus der Mehlwurmkiste ein Stückchen der fettesten Kerle, tat sie in eine leere Zigaretten-Schachtel und lehrte schnell zurück. Ein zerrantes Schidridic sagte mir, daß das Tierchen noch in der Nähe sei. Gleich war es denn auch wieder zur Hand und schnell hatte es den Mehlwurm ergriffen, den ich ihm in Entfernung von kaum einem Meter vor mir unter den Sträuch warf, in dem es saß. Im Handumdrehen war der Leckerbissen vertilgt. Einige weitere folgten. Ich stellte die offene Schachtel hin. Es gierte sich erst ein wenig, dann hatte es die Sache erfaßt, und es hätte den blinkenden Butterbrot bald geleert, hätte ich ihn nicht fortgenommen. Nur hielt ich ihm fortwährend zuredend, die Schachtel in der offenen Hand hin. Es hüpfte von Zweig zu Zweig und beäugte argwöhnisch die Hand, während die Krabbelnden Würmer lachten. Dann ein Sprung auf den Kästen und ein langes Zurückspringen, als sei es ob seiner eigenen Kühnheit erschrocken. Das wiederholte sich einige Male, bis es plötzlich einen Wurm erwischt hatte. Nach einigen weiteren Versuchen blieb es gar über und kröpfte hastig fast den ganzen Inhalt. Also noch kaum vierstündiger Bekanntheit saß mir ein fremder, wilder Vogel auf der Hand. Ich war sehr stolz auf diesen Erfolg, bis mit ein befreundeter Zoologe Blod bewies, daß ein Rotschädelchen in seinem Garten noch viel „fresher“ sei und ordentlich schimpfe, wenn es nicht täglich seinen Tribut an Mehlwürmern auf seiner Hand empfing.

Mit solch freundlicher Aufforderung hatte ich vor einiger Zeit mehr Glück bei einem einheimischen Vogelchen. Es war in meinem Garten. Ich machte mir dort in einem lausigen Winkel damit zu tun, ein kleines Springbrünnchen als Vogeltränke und „Bad“ herzurichten in der Erkenntnis, daß sich bei angenehmer Wasserglegenheit schnell allerlei Singvögel einbürgern. Als ich so im emsigen Schaffen war und mit Steinen und Zement hantierte, huschte, flatterte etwas neben mir in den Johannisthalsträuchern, ein dunkelolivgraugrüner Vogelchen, auf Hoben Beinen, mit orangefarbener Kehle, ein Rotschädelchen. Der kräftigen Färbung nach war es ein Männchen, längst ausgefärbt, das sicher schon Vatersfreuden erlebt hatte. Es schaute mich aufmerksam an, machte einen Bläfling, zwitscherte mit dem Schwanzchen, betrachtete neugierig meine

Ballonfüt ins Zimmer geslogen war und ich ihm den Rückweg durch Schließen der Tür abschnitt, flatterte es nicht ängstlich gegen die Fensterscheiben, wie es andere Vögel tun, es huschte vielmehr ohne große Furcht herum, objektivte aufmerksam das Terrain, und es dauerte nicht lange, so hatte es entdeckt, daß es auf dem Blumentisch etwas zu schnabulieren gab. Hätte ich meinener Käfer Patz nicht einen Mordversuch zugetragen, ich würde das Tierchen den ganzen Winter frei in der Stube gehalten haben, so aber mußte ich es wieder in den Winter hinausschicken. Das Rotschädel ist allerdings ein echter Vogelvogel, der uns, tagsüber durch das Unterholz weiterstreifend und nachts in größeren Scharen hoch durch die Luft südwärts wandernd, im Herbst verläßt und im zweiten Märzhälfte zurückkehrt, aber es bleibt doch immer eine Anzahl kräftiger Männchen in der Heimat zurück und bringt sich, wenn der Winter nicht gar zu streng wird, ganz leidlich durch. Diese Männchen haben dadurch den Vorteil, nicht den italienischen Vogelmörder in die Hände zu fallen und als fleischlicher Einfang zu werden. Überdies haben sie glücklich überwintert, kräftigen und somit auch schön gefärbten jungen gewandten Vögeln die erste Anwaltlosigkeit bei der „geschlechtlichen Suchtwahl“ der bei diesen Vögeln minderjährigen Weiblichkeit Verlängsamung zu finden, denn auch die Vogelweibchen leben sehr auf Schönheit, Kraft und Sangenkunst. Mindere Exemplare der Rotschädelchen können sich ja nicht durch eine Stärkeflocke, eine bunte Uniform oder einen großen Geldbeutel begehrungswert machen.

Die Männchen befiegen sich, beigen sich laufend um den Besitz der Weibchen, wie denn das zutrauliche Vogelchen gegen andere gefiederte Genossen keineswegs sehr freudig ist und auch seinen Brüdern gegenüber streng darauf hält, daß jeder die Grenzen seines Reviers respektiert. Schlägt und reißt nicht es sich von Räupchen, kleinen Würmchen und Schnecken und liebt als pfiffige Zulose besonders die Früchte des Pfaffenkükens und die Beeren des Holunders.

Im April nistet das junge Pärchen, meist in der Nähe des

Heimisches Naturleben.

Skizzen von Walther Schulte vom Brühl.

XLVII.

Vom Rot- und vom Blaukehlchen.

Es ist bekannt, daß Tiere aus wenig bewohnten Gegenden kaum Scheu vor den Menschen zeigen. Gefiederte Wintergäste aus den hochnordischen Eindönen wie Seidenschwänze und „Bäbammer“ fallen ihrer Vertrauensseligkeit sehr leicht zum Opfer. Auch hergewanderte Tannenhäher fürchten sich nicht sonderlich vor dem schlimmsten Raubtier der Erde, das als „homo sapiens“ herumwimmelt. Ich saß einmal mit einem der braunen, weißgeküpfelten Vogel in einem Sumpfwalde am Kurischen Haff eine viertelstündige Zwiesprache gehalten. Er horchte mir in kaum anderthalb Meter Entfernung aufmerksam zu und gab Antwort, wenn ich auch kein Vogelrussisch — oder Baltisch nicht verstand, und es hüpfte nur um ein wenig fort, wenn ich die Hand ausstreckte und ihn aufforderte, gefällig auf meinem Finger Platz zu nehmen.

Mit solch freundlicher Aufforderung hatte ich vor einiger Zeit mehr Glück bei einem einheimischen Vogelchen. Es war in meinem Garten. Ich machte mir dort in einem lausigen Winkel damit zu tun, ein kleines Springbrünnchen als Vogeltränke und „Bad“ herzurichten in der Erkenntnis, daß sich bei angenehmer Wasserglegenheit schnell allerlei Singvögel einbürgern. Als ich so im emsigen Schaffen war und mit Steinen und Zement hantierte, huschte, flatterte etwas neben mir in den Johannisthalsträuchern, ein dunkelolivgraugrüner Vogelchen, auf Hoben Beinen, mit orangefarbener Kehle, ein Rotschädelchen. Der kräftigen Färbung nach war es ein Männchen, längst ausgefärbt, das sicher schon Vatersfreuden erlebt hatte. Es schaute mich aufmerksam an, machte einen Bläfling, zwitscherte mit dem Schwanzchen, betrachtete neugierig meine

aus ihrem Kreise solche Mitglieder in die Deputation zu wählen, die den Anträgen der Lehrer und dem Wunsch des Zentrums freundlich gegenüberstehen.

Heute wählt sie die vier Stadtverordneten, die sie in die Schuldeputation schicken darf. Die Wahlperiode wählt sechs Jahre. Gegenwärtig gehören der Deputation als Stadtverordnete Dr. Döderhoff, Justizrat v. Ed. Kärtner und Müller an; Sanitätsrat Dr. Proebsting, ebenfalls Stadtverordneter, ist in seiner Eigenschaft als Arzt als Mitglied der Deputation ernannt worden. Von den vier heute zu wählenden Herren ist natürlich Herr v. Ed. dem Zentrum gegenüber unbequem; es möchte ihn seiner "antikatholischen Intoleranz" wegen, die "der Grundlage der Simultanenschule widerspricht", aus der Deputation ausgeschlossen wissen, und man darf erwarten, daß die Zentrumsfraktion des Stadtparlaments heute einen dementsprechenden Antrag einbringen wird. Der Wahlauftakt wird allerdings die Wiederwahl der vier gewählten Herren beantragen, und es ist nicht zweifelhaft, daß sie erfolgen wird. Denn das Märchen von der Aneignung der katholischen Religion wird dem Zentrum kein Mensch abnehmen, der nicht seinen ganz einheitlichen Standpunkt teilt. Daher aber Herr v. Ed. "antikatholisch intolerant" ist, das ist eine Folgerung, die allein das Zentrum aus der bekannten Äußerung v. Eds zieht.

Da es in einem hingegen wendet sich das Zentrumsblatt auch gleich gegen die Mitgliedschaft des Sanitätsrats Dr. Proebsting, der, wie gesagt, nicht von den Stadtverordneten-Versammlung, sondern vom Magistrat in die Schuldeputation gewählt worden ist. Warum? Der Grund ist äußerst seltsam; Herr Proebsting ist Vorsitzender des "Ver eins für Feuerbestattung", die Feuerbestattung aber ist nicht durch die christliche Sillie geheilig! Die katholische Kirche sieht die Verweigerung der Sakramente als Strafe auf die Feuerbestattung und der evangelische Oberkirchenrat ist ihr nach wie vor ebenfalls gänzlich abgeneigt. Deshalb eignet sich Herr Sanitätsrat Dr. Proebsting nicht für die Wiesbadener Schuldeputation! Wem feuchtet diese Logik nicht ein?

Wir begreifen den stillen Verdacht, daß das Zentrumsorgan bei allem ein bisschen nach der königl. Regierung schielt, die als Amtshilfsbehörde sowohl die in die Schuldeputation gewählten Stadtverordneten als auch die ihr angehörenden, im Erziehungs- und Volkschulwesen fundigen Personen zu bestätigen hat. Wahrscheinlich hat es die stille Hoffnung, daß die Regierung sich ins Mittel legt, wenn zunächst die Stadtverordneten-Versammlung und später die acht aus dem Kreise des Stadtparlaments und des Magistrats gewählten Mitglieder der Schuldeputation versagen werden. - n.

Die Demminischen Achenurnen, Frau v. Konarski, Mitglied des Gesamtvorstands des Deutschen Schriftstellerverbands, schreibt uns: "Veranlaßt durch die verschiedenen Mitteilungen über die Achenurnen des Theaters August Demmin, habe ich heute in meiner Eigenschaft als Kurator des Demminhorsts durch Herrn Maurermeister Emmel das Kopftuch des Gedenksteins abheben lassen und hierbei festgestellt, daß sich die Urnen wohlgeborgen im Innern des Gedenksteins befinden. Bei dem Verlauf eines Teils des Demminhortsgrundstücks, der durchaus notwendig wurde, um unser Schriftsteller-Erholungsheim auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage stellen zu können, ließ es sich nicht vermeiden, daß der bisherige Standort des Gedenksteins in die verlaufenen Flächen fiel. Der Gedenkstein mußte daher auf das dem Deutschen Schriftstellerverband verbliebene Gelände versetzt werden und hat nun seinen neuen Platz in einer besonders dazu geeigneten schönen Parkanlage gefunden. Außerdem wird dem Kunden des hochherzigen Stifters durch eine entsprechende gärtnerische Auschmückung des neuen Standorts Rechnung getragen werden."

Alpha. Aus Liebhaberkreisen der schönen Lichtkunst ist die Anregung zur Abhaltung einer allgemeinen photographischen Ausstellung in Wiesbaden ergangen. Der Arbeitsausschuß, der diese Anregung aufgenommen hat, konnte schon bei den ersten Organisationsarbeiten eine begeisterte Zustimmung aus nah und fern wahnehmten. Wenn anfänglich nur an eine kleine Ausstellung im Rahmen der nächsten Umgebung Wiesbadens gedacht war, so brachte das große Interesse, das vom ersten Anfang an für die geplante Ausstellung bezeugt wurde, es mit sich, daß nur eine allgemeine photographische Ausstellung in Frage kommt, die aus allen Teilen des großen deutschen Vaterlandes und darüber hinaus beschickt werden kann und das ganze Gebiet der Lichtkunst umfassen soll. Durch eine jahrgemäße Einteilung in verschiedene Abteilungen und Klassen soll in der Alpha sowohl dem Liebhaber wie dem Berufssphotographen Gelegenheit geboten werden, sich mit den Ergebnissen seiner Kunst zu beschäftigen. Um die Vorteile und Ehrenwürdigkeiten unserer Weltkunst und die noch zu wenig bekannten Naturschönheiten des Taunus und der angrenzenden Regionen im Bild einheitlich zu veranschaulichen und dadurch das Interesse des Reise- und Naturfreundes für unser engeres Vaterland zu fördern, werden für Wiesbaden und Umgebung besondere Gruppen gebildet. Aus den allgemeinen Bestimmungen gehen hervor, daß die Ausstellung Landschaften und Städtebilder, Sport- und Genrebilder, Porträts, wissenschaftliche Photographie und photographische Industrie umfassen wird. In den ersten drei Abteilungen werden Liebhaberphotographie und Berufssphotographie unterschieden. Als Preise sind Medaillen, Plaketten und Ehrendiplome vorgesehen. Eine Verbandsmedaille des Verbands deutscher Amateurphotographenvereine und ein Ehrenpreis des Ver eins zur Förderung der Amateurphotographie in Wiesbaden sind bereits ausgesetzt. Der letzte Meldetermin für die Beteiligung ist der 30. Juni 1914. Alle eingefüllten Bilder und Ausstellungsgegenstände unterliegen dem Urteil der Aufnahmeeinrichtung in Bezug auf ihre Zulässigkeit und Zuordnung. Als Ausstellungsort ist der September vorgesehen. Dem Ehrenausschluß gehören u. a. an die Herren Regierungspräsident Dr. v. Meister und Oberbürgermeister Glässing. Der Vorsitzende des Arbeitsausschusses ist Herr Direktor Kieslitz.

Ein neuer Beruf. Durch die Beschlüsse der fürrlich beendeten Londoner Sicherheitskonferenz erfolgt voraussichtlich eine starke Ausdehnung der drahtlosen Telegraphie auf deutschen Dampfern. Die Bedienung der Stationen wird bekanntlich durch besonders vorgebildetes Personal — die Bordtelegraphisten — wahrgenommen. Zur Ausübung des Dienstes als Bordtelegraphist wird die Meisterschaft benötigt, sowie der Besitz eines Zeugnisses über die staatliche Prüfung als Bordtelegraphist vorausgesetzt. Die erforderlichen Voraussetzungen zur Ablegung der Prüfung werden auf der hierfür besonders eingerichteten Schule für Bordtelegraphisten in Bremenhaven erworben. Sprachgewandten jungen Leuten

mit guter Schulbildung und technischem Verständnis bietet sich Gelegenheit, durch Vermehrung der Stationen, die längere Dauer des Kursus beträgt 4 bis 5 Monate. Auskunft erteilt die Deutsche Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie m. d. o. in Berlin SW., Tempelhofer Ufer 9.

General der Infanterie v. Hestzner, à la suite des anfeindlichen Seebataillons, ist hier angelangt und in der Königlich-Preußischen Artillerie abgestiegen.

Immobilien-Versteigerung. Die zweite Auktion bei dem am vergangenen Montag auf sozialen Versteigerung gelangten Auktionen Blücherstraße 26 belief sich auf 25 000 M., nicht auf 90 000 M.

Israelitischer Gottesdienst. Israelitische Kultusgemeinde. (Synagoge: Michelberg). Gottesdienst in der Michelberg-Synagoge: Freitag: abends 5.45 Uhr. Sabbat: morgens 9 Uhr, nachmittags Jugendgottesdienst mit Predigt 3 Uhr, abends 6.40 Uhr. Gottesdienst im Gemeindesaal: Woche: morgens 7.15 Uhr, abends 5.45 Uhr. Die Gemeindebibliothek ist geöffnet Sonntagnachmittag von 11 bis 12 Uhr und Dienstagnachmittag von 6 bis 8 Uhr.

11. Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge Friedericistraße 28. Freitag: abends 5.30 Uhr. Sabbat: morgens 8.15 Uhr, Predigt 10.15 Uhr. Jugendgottesdienst nachmittags 2.15 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 6.40 Uhr. Woche: morgens 7 Uhr, abends 5.15 Uhr.

Talmud Thorah-Verein Wiesbaden. Freitag: 16. Salbat-Singang 5.30 Uhr, morgens 8.30 Uhr, Pfingst 9.30 Uhr, Mincha 5.30 Uhr, Ausgang 6.40 Uhr. Wochenabend: morgens 7.15 Uhr, Mincha und Schur 5.30 Uhr, Maarit 8.45 Uhr.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Residenz-Theater. Der nächste Samstag bringt der Hochzeitstag entsprechend, zunächst eine Hochzeitsszene aus der Oper von Julius Rosenblatt, hierin schlägt sich die ehemalige Aufführung des neuen Schauspiels "Der ungerettete Edelstein" von Hans Sturm. Das überwältigende Stück, das bereits bei der dreifachen Uraufführung in Leipzig, Königsberg und Bonn durchschlagenden Heiterkeitsfolg erzielte, erobert sich tatsächlich im Sturm die Bühne durch seine drolligen Situationen und durch treffend gezeichnete Schauspieler, so daß er bereits mehrfach das Jubiläum der 25. Aufführung feiern konnte. Das lustige Werk und die Hochzeitsszene werden am Sonntagabend wiederholt. Sonntagnachmittag wird Kurt Straub's beliebter Schauspiel "Hochzeiten" zu halben Preisen gegeben.

Kurtheater. Am kommenden Mittwoch, abends 8 Uhr, findet eine interessante Uraufführung statt: ein lustiger Schauspiel "Höhenrausch" bezeichnet. Als Autoren zeichnen zwei bekannte Wiesbadener Herren: der sog. Hoffschauspieler Walter Zöllner und Philipp Dörner. Es finden nur drei Aufführungen statt, die ebenfalls reichlich Besuch auslösen, so daß sie mit einer Zugabe: "Der verkannte Opernstar" das Jahr von der literarischen Gesellschaft aus bekannte Kindergedicht von Gustav Adolf, dient. Den gesanglichen Teil bestreitet Marianne Blaum, welche mit ihrer himmlischen, vorzüglich geschnittenen Stimme namentlich mit Gounods "Sérénade" und Gobards "Vorlese" der Zocelin, von Fr. Körber mit seinem Gesang und von Fr. Kemper schwungsvoll auf dem Klavier begleitet, einen tollen Erfolg errang. Fr. Kemper, eine angehende Klaviervirtuosin, spricht klatschhaft und schönem Vortrage. Allen Mitwirkenden wurde reicher Applaus gespendet. (Ohne Werbung.)

Vereinsvorträge.

Der gesellige Abend des "Frauenklubs" am Samstag vermittelte die Bekanntschaft einer biegsigen Dichterin, Frau K. H. Löw. Sie kann sich getrost den schon vorher im Club bekannten lyrischen Talente zur Seite stellen. Fr. Löw bestätigte das hier dazu bei den "Vorlese eines gefallenen Künstlers" sowohl wie der legendenartigen Dichtung "Madonna im Walde" aus schöner Wirkung zu verhelfen. Es ist schwer zu sagen, was mehr fesselte, erstere prahlte durch die naturnahe Schilderung der Kriegsszenen, letztere durch die vorzügliche Stimmlage der Dichterin. Fr. Löw trug dann noch Schlagzeilen vor, die ebenfalls reichlich Besuch auslösten, so daß sie mit einer Zugabe: "Der verkannte Opernstar" das Jahr von der literarischen Gesellschaft aus bekannte Kindergedicht von Gustav Adolf, diente. Den gesanglichen Teil bestreitet Marianne Blaum, welche mit ihrer himmlischen, vorzüglich geschnittenen Stimme namentlich mit Gounods "Sérénade" und Gobards "Vorlese" der Zocelin, von Fr. Körber mit seinem Gesang und von Fr. Kemper schwungsvoll auf dem Klavier begleitet, einen tollen Erfolg errang. Fr. Kemper, eine angehende Klaviervirtuosin, spricht klatschhaft und schönem Vortrage. Allen Mitwirkenden wurde reicher Applaus gespendet. (Ohne Werbung.)

Vereinsfeste. (Antritt frei bis zu 20 Jahren.)

Der Männergesang-Verein "Hilda", e. V. veranstaltet Faschings-Dienstag, abends 8 Uhr 11 Min., im Turnheim-Saal und seine diesjährigen Maskenball, der einen vorzüglichen Verlauf nahm. Der Besuch war ein außerst starker, so daß die großen Räume der Turngesellschaft kaum ausreichten, die wohl gesetzte Menge zu lassen. Die Verdecktheit und der Reiz des farbenprächtigen Bildes wurden wesentlich durch die große Anzahl schöner Masken gehoben, die einzeln und in Gruppen recht originell betreten waren. Genauso besondere Freude taten die Darbietungen der Schuhblätterabteilung des "Bayervereins" 1908" her vor. Galt in der frühen Morgenstunde trennend man sich, im Beurkosten, einige vergnügte Stunden verlebt zu haben.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

Die Vorbereitungen zum Maskenball des Männergesangvereins "Concordia", welcher Faschingsmontag im Kino stattfindet, sind ihrem Abschluß nahe. Die einzelnen Rollen, die dem Gespiel befinden sich in befreiten Händen und dem Besucher freien genügsame Stunden in Aussicht.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

we. Schierstein, 10. Febr. Heute hat man damit begonnen, die Eislaufe auf unseiem Hafen zu prägen, um den Schiffen die Einfahrt wieder zu ermöglichen. —

hw. Bei überfülltem Hause fand am letzten Sonntag in der Turnhalle die diesjährige Karnevalssitzung der Turngemeinde statt. Den Glangang bot das Eröffnungsspiel, welches das Leben und Treiben am Strandbad zeigte, und in welchem Prinz Karneval, von einem Schwan gezogen, in einem Kahn eintrat und weiße Verordnungen bekanntgab. Auch die übrigen Progessmitte wurden gleichzeitig gezeigt und ein Hotter Ball beschloß die Veranstaltung. — An den bevorstehenden Faschings-Dienstag finden hier nicht weniger als fünf Maskenbälle statt. Der erste, veranstaltet vom Männergesangverein, findet am Samstag im Deutschen Kaiser statt. Am Sonntag folgen die Turngemeinde in der Turnhalle und das Rheinbörde Quartier mit einem Ballmaskenball im "Tivoli". Dorfseitl. findet auch am Dienstag der Ballmaskenball des Gesangvereins "Sängerkreis" statt, während der Gengenbach "Eintracht" den feinen am gleichen Tage in der Turnhalle abhält.

gg. Erbenheim, 18. Febr. Einem in unserer Gemeinde längst geführten Bedürfnis scheint nun endlich Bedeutung zu werden. Es handelt sich um Errichtung einer Kleinkinderküche, die nach der Stattgebundenen Anmeldung als gesichert zu betrachten ist. Säben sich doch 73 noch nicht schulpflichtige Kinder bereit gefunden, die Anzahl zu besetzen. Da schon eine geeignete Kindergarten gefunden ist, so kann die Eröffnung wohl am 1. März d. J. erfolgen. Hoffen wir, daß die unterjährigen Hände unserer Einwohner nicht müde werden, auch diesem Werke zum geistigen Vorrang zu verhelfen, namentlich durch Zuwendung von Geldmitteln. — Auf Grund des § 21 des Gesetzes vom 28. August 1906, betreffend die Vorauspräfung übertragbarer Rechte, können die Herren Schreinermeister Heinrich Kugel, Tüchermeister Karl Schröder und Schneidermeister Wilhelm Petri zum Amt eines Sachverständigen ausersehen werden. — In der mit Anfang Februar d. J. beginnenden und mit Juni d. J. endigenden Dekperiode sind die Dienststunden für die königl. Beschulde für die Monate Februar, März und April auf 8 bis 10 Uhr und 11 bis 12 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags festgesetzt. Am Sonn- und Feiertagen wird nicht gebedt. An Dienstag sind vor der ersten Dienstzeit 8.30 Uhr zu erzielen.

st. Aschafft, 18. Febr. Die Familie Lind, von der erst kürzlich ein Unfall gemeldet wurde, hat einen neuen Unfall erlitten. Der 9 Jahre alte Sohn derfselfen geriet im Dunkeln in einen Stockdorfer, der um einen Grund und gezwungen war, und trug eine schwere Augenverletzung davon. Glücklicherweise kann sein Augenlicht, das als verloren galt, gerettet werden.

Nassauische Nachrichten.

Seisenhain, 18. Febr. Einen schönen Erfolg erzielte der biegsige Turnverein mit seinem geistigen Monatssat, dessen erster Teil der Jugendpflege gewidmet war. Der geräumige Saal der Wünfenschen Bücherei bot für den lebendigen Platz von aufmerksamen Büchern bestens. Jüngst brachte Fr. Mina Haltwasser einen zu Herzen gehenden Vortrag "Die Deutsche Jugend", dem sich das lebende Bild "Altböhmen aus der Heimat" anschloß. Das Mittel des Vereins-Herr Lehrer G. Müller verbreitete sich dann in längerer Unterhalt über die Jugendkrieg. Insbesondere betonte er dabei, daß die Legion aus angeworbenen Deutschen besteht, und entwidmete ein Dutzend von Beispielen ein Bild über manchmal rücksichtlose Mittel, die eingesetzt werden, um abwegige Leute zur Unterwerfung des Betriebsleiters zu bringen; dann schärfte er die Leiden und Qualen der Legion

die Bestimmungen über Beamtung kostenfreier Badechsen für Betreuer, bisgewissen und ihnen gegebenfalls zur Nachahmung empfohlen.

* Die "Allgemeine Kreuzen- und Sterbe- zu schenken zu Wiesbaden" (früher Allgemeiner Sterbenverein) hielt ihre erste Mitgliederversammlung am Samstag den 14. Febr. abends 8½ Uhr, im "Deutschen Hof" ab.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die Bestimmung gut befürchtet. Der seßhafte 2. Vorsitzende Herr Joh. Bresser bestätigte ausführlich über das vergangene Geschäftsjahr, welches durch die Umwandlung der Kasse für den Vorstand ein sehr erfreuliches war, und gedachte des fürrlich verstorbenen 1. Vorsitzenden Herrn Dr. Hafer in warmen Worten.

Die neuen Statuten waren den Mitgliedern so weit wie möglich zugestellt. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß der Verein im letzten Jahre 1800 M. überschuss erzielte und das Vermögen heute über 29 000 M. beträgt. Der Verein kann deshalb mit aller Sicherheit die Zukunft entgegensehen.

Bei der durch die Umwandlung bedingten Neuwahl des Gesamtkomitees wurde der seßhafte 2. Vorsitzende Herr Joh. Bresser mit großer Majorität zum 1. Vorsitzenden gewählt. Zum 2. Vorsitzenden wurde Herr Bauer zum stellvertretenden Herrn Dr. Böhm gewählt. Beifüher wurden die Herren Beilstein, Leber, Schlotter und Ullmann, Erbfeuerleute für den Vorstand die Herren Raith und Thiel. Als Rechnungsprüfer wurden die Herren Zeitler, Dillesheimer und Raith ernannt und als Erstes die Herren Zeitler und Dr. Böhm.

In das Schiedsgericht wurden die Herren Ed. R. Silb und Müller berufen. Nach der neuen Satzung sind die Mitglieder in zwei Klassen eingeteilt, eine 1. Klasse für nichtvertragspflichtige Mitglieder, welche freie Arzt- und Apothekerstellen sowie 2 M. vertragliches Rentengeld und 80 M. Sterbegeld gewährt werden bei 250 M. Monatsbeitrag. Die der 2. Klasse angehörigen vertragungspflichtigen Mitglieder erhalten bei 230 M. Monatsbeitrag nur 2 M. vertragliches Rentengeld und 50 M. Sterbegeld.

Vereinsvorträge.

Der gesellige Abend des "Frauenklubs" am Samstag vermittelte die Bekanntschaft einer biegsigen Dichterin, Frau K. H. Löw. Sie kann sich getrost den schon vorher im Club bekannten lyrischen Talente zur Seite stellen. Fr. Löw bestätigte das hier dazu bei den "Vorlese eines gefallenen Künstlers" sowohl wie der legendenartigen Dichtung "Madonna im Walde" aus schöner Wirkung zu verhelfen. Es ist schwer zu sagen, was mehr fesselte, erstere prahlte durch die naturnahe Schilderung der Kriegsszenen, letztere durch die vorzügliche Stimmlage der Dichterin. Fr. Löw trug dann noch Schlagzeilen vor, die ebenfalls reichlich Besuch auslösten, so daß sie mit einer Zugabe: "Der verkannte Opernstar" das Jahr von der literarischen Gesellschaft aus bekannte Kindergedicht von Gustav Adolf, diente. Den gesanglichen Teil bestreitet Marianne Blaum, welche mit ihrer himmlischen, vorzüglich geschnittenen Stimme namentlich mit Gounods "Sérénade" und Gobards "Vorlese" der Zocelin, von Fr. Körber mit seinem Gesang und von Fr. Kemper schwungsvoll auf dem Klavier begleitet, einen tollen Erfolg errang. Fr. Kemper, eine angehende Klaviervirtuosin, spricht klatschhaft und schönem Vortrage. Allen Mitwirkenden wurde reicher Applaus gespendet. (Ohne Werbung.)

Vereinsfeste. (Antritt frei bis zu 20 Jahren.)

* Der Männergesang-Verein "Tädtica" hielt am vergangenen Samstag im großen Saal der Turngesellschaft seinen diesjährigen Maskenball, der einen vorzüglichen Verlauf nahm. Der Besuch war ein außerst starker, so daß die großen Räume der Turngesellschaft kaum ausreichten, die wohl gesetzte Menge zu lassen. Die Verdecktheit und der Reiz des farbenprächtigen Bildes wurden wesentlich durch die große Anzahl schöner Masken gehoben, die einzeln und in Gruppen recht originell betreten waren. Genauso besondere Freude taten die Darbietungen der Schuhblätterabteilung des "Bayervereins" 1908" her vor. Galt in der frühen Morgenstunde trennend man sich, im Beurkosten, einige vergnügte Stunden verlebt zu haben.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

we. Schierstein, 10. Febr. Heute hat man damit begonnen, die Eislaufe auf unserem Hafen zu prägen, um den Schiffen die Einfahrt wieder zu ermöglichen. —

hw. Bei überfülltem Hause fand am letzten Sonntag in der Turnhalle die diesjährige Karnevalssitzung der Turngemeinde statt. Den Glangang bot das Eröffnungsspiel, welches das Leben und Treiben am Strandbad zeigte, und in welchem Prinz Karneval, von einem Schwan gezogen, in einem Kahn eintrat und weiße Verordnungen bekanntgab. Auch die übrigen Progessmitte wurden gleichzeitig gezeigt und ein Hotter Ball beschloß die Veranstaltung. — An den bevorstehenden Faschings-Dienstag findet am Samstag im Deutschen Kaiser statt. Am Sonntag folgen die Turngemeinde in der Turnhalle und das Rheinbörde Quartier mit einem Ballmaskenball im "Tivoli". Dorfseitl. findet auch am Dienstag der Ballmaskenball des Gesangvereins "Sängerkreis" statt, während der Gengenbach "Eintracht" den feinen am gleichen Tage in

näre. Zum Schluß ermahnte er die jungen Leute, stets der Worte Schillers zu gebeten: „Als Vaterland, und teure, schick' dich an, das halte fest mit ganzem Herzen!“ Reicher Beifall lobte die Ausführungen des Redners. Es folgte dann ein Salutwort des Vorsitzenden Herrn Aug. Jäger: „Der Fremdenlegionär“ ein Rabatt an Deutschlands Söhne, der mit großer Innigkeit vorgetragen wurde. Diesen Darbietungen schloß sich dann das dreifache Schauspiel „Die Fremdenlegion“ von Felix Rennert an. Sämtliche Mitwirkende entledigten sich ihrer Aufgabe aufs beste und muß man dem kleinen Verein anerkennen sollen, daß er seine Aufgabe, im Sinne der Jugendpflege zu wünschen, in solcher Weise zu lösen sucht. Der zum Schluß des Abends mit großem Verständnis gespielten Stüdes Darbietung war wohlbedient. Der zweite Teil des Programms war mehr humanistischen Inhalts und auch diese Darbietungen wurden in vollkommener Weise zu Gehör gebracht. Der Verein beabsichtigte, das Theaterstück „Der Fremdenlegionär“ nächsten Sonntag in Wambach aufzuführen.

Gerichtsaal.

Hinter den Kulissen des russischen Mädchenhandels.

S. u. H. Beuthen (O.-S.), 16. Febr. Vor der hiesigen Strafkammer wird zurzeit gegen einen gewissen Samuel Lubelski aus Myslowitz ein Prozeß geführt wegen versuchten und gewerbsmäßigen Mädchenthalde, ferner wegen Vergehen gegen das Auswandererrecht und schließlich wegen versuchter Beamtenbestechung, die der Angeklagte sich dem Polizeirichtmeister Seel und dem Gendarmeriewachtmeister Wanet gegenüber schuldig gemacht haben soll. Lubelski, ein Mann von 45 Jahren, war ursprünglich Gastwirt in einem russisch-polnischen Rest. Dort lernte er die Einträchtigkeit des Schmuggelgeschäfts kennen, merkte aber bald, daß der Menschenhandel einen noch reicheren Gewinn abwirft. Als der Vorsitzende der Strafkammer den Angeklagten bei seiner Vernehmung in die Enge trieb, mußte er zugeben, daß sein Einkommen zuletzt mindestens 40000 M. pro Jahr betragen habe, obgleich er sehr bescheiden in Myslowitz in einem kleinen Hotel wohnte und seinen Lebensunterhalt so wenig kostspielig wie nur möglich gestaltete. Lubelski war von der russischen Regierung wegen Mädchenthalde bereits nach Sibirien deportiert worden, es gelang ihm aber, nach dreijährigem Aufenthalt in Archangelsk zu entfliehen, und er wanderte nach Österreich. Doch auch dort wurde er ebenfalls wegen Mädchenthalds bald ausgewiesen und nahm vor etwa drei Jahren seinen Wohnsitz in Myslowitz. Die Anklage wegen des vollendeten Mädchenthalde ruht sich hauptsächlich auf Indizien. Diese Indizien sind Beziehungen Lubelskis zu überführten Mädchenthaltern, wie es z. B. auch sein Bruder war, zu einem gewissen Augelfresser, ferner aber der Umstand, daß er und seine Angehörigen in Begleitung junger, aus Russland kommender Mädchen betroffen wurden. Einen Stich ins Sensationelle erhielt die Angelegenheit dadurch, daß der polnische Abgeordnete Korfanty in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses die Behauptung ausschloß, daß sowohl der Regierungspräsident als auch der Leiter der Polizei in Myslowitz hätten wissen müssen, daß Lubelski ein gefährlicher Mädchenthalter war, andernfalls seien die Beamten eben nicht in der Lage, ihr Amt voll und ganz auszufüllen. Der polnische Abgeordnete warf die ironische Frage auf, ob Lubelski Spionagedienste in das Ausland zugunsten Deutschlands vielleicht so viel wert wären, daß man von einer Ausweisung absah. Der als Zeuge vernommene Gendarmeriewachtmeister Wanet gab zu, daß er sich etwa fünfmal von Lubelski hat freihalten lassen, als er bei gelegentlichen Revisionen in die Gastwirtschaft von Cohn in Myslowitz, wo der Angeklagte zuletzt gewohnt habe, gesommen sei. Diese Revisionen bei Cohn, dessen Lokal eben nicht gut beleumundet gewesen sei, hätten nicht Lubelski, sondern anderen Persönlichkeiten gegolten, die unter dem Verdacht des Mädchenthalds standen. Gegen Lubelski habe nicht der geringste Verdacht vorgelegen. Möglicherweise habe sich ein Zeuge Halemba während der Aussage des Wachtmeisters zum Wort und befandet, daß in Myslowitz die Anklage gebersicht habe. Lubelski treibe in Russland zugunsten Deutschlands Spionage und genieße deshalb weitgehenden Schutz. Vielfach sieht sich das Gericht genötigt, wegen Gefährdung der Staatsicherheit bei Besprechung dieser Punkte die Öffentlichkeit auszuschließen. Die Verhandlung gegen den raffinierten Mädchenthalter schreitet nur langsam vor. Ein Kronzeuge namens Ovitz Goldberg hat sich den weiteren Verhandlungen entzogen. Der bereits erwähnte Zeuge, Polizeibeamter Halemba aus Myslowitz, sagte folgendes aus: Er müsse jetzt, nachdem ihn ein gewisser Weichmann vor Gericht in seiner Beamtenegenschaft kompromittiert habe, Niernau aus der Polizeiverwaltung Myslowitz an das Tageslicht bringen. Schon vor Jahren habe Weichmann den Myslowitzer Polizeibeamten Weihnachtsgratifikationen gegeben, er selbst habe eine solche vor etwa 10 Jahren in Höhe von 25 M. von Weichmann auf der Straße bekommen. Als er Meldung erstattete, habe ihm Polizeiinspektor Kraenzel gesagt, Halemba, seien Sie doch nicht so dumm. Weichmann gibt seine Zuwendungen an Polizeibeamte im allgemeinen zu, behauptet aber, daß sie keine Gefälligkeiten beansprucht zu haben. Überraschend wurde ein dritter vernommener Zeuge, Getreidespediteur Witkowski, unter dem Verdacht des Meineids verhaftet. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Lubelski eine Gesamtstrafe von 6½ Jahren Gefängnis, 12000 M. Geldstrafe, eventuell weitere 800 Tage Gefängnis, sowie 5 Jahre Fahrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Das Urteil.

Der Angeklagte wurde wegen Verstoßes gegen das Auswandererrecht, Mädchenthalds und Beamtenbestechung zu 9 Jahren Zuchthaus und 12000 M. Geldstrafe, bzw. 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus verurteilt. Rennert wurde auf 10 Jahre Fahrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Der Mühlhäusern Massenmörder Wagner.

hd. Stuttgart, 19. Febr. Im „Staatsanzeiger“ wird heute die Öffentlichkeit über die Begründung des Gerichtsbeschlusses, wonach der Massenmörder Wagner dauernd in einer Irrenanstalt interniert wird, aufgeklärt. Was die Beweggründe der Tat Wagners anbelangt, so habe dieser sich seit eines im März 1901 in Mühlhausen begangenen Sittlichkeitsovergehens dauernd Vorwürfe gemacht. Er sei immer und immer der Ansicht gewesen, die Leute hielten sich über ihn auf. So sei dann noch und nach der Entschluß in ihm vereist, sich das Leben zu nehmen und sich gleichzeitig an den Mühlhäusern zu rächen. Seit 1901 habe Wagner ständig seine Verhaftung erwartet, und nach seiner Hochzeit habe er nichts einen Revolver bei sich getragen. Es ist jedoch festgestellt worden, daß von der Verfolgung Wagners niemand eine Ahnung gehabt hat. Die Sachverständigen kamen in voller

Übereinstimmung zu dem Ergebnis, daß sich Wagner ohne alle Zweifel seit jener Zeit im Zustand der Geistesverwirrung und Störung der Geistesfähigkeit befunden habe, so daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Der Mörder konnte also nicht vor ein Schwurgericht gestellt werden; die Behörde mußte ihn vielmehr als schwer geisteskranke Menschen einer Irrenanstalt überweisen.

FC. Fahrradmarode usw. Der hausbürische Johann Hirlmaier aus Bayern soll im Juli 1913 drei Fahrräder von der Straße weg gestohlen haben. Hirlmaier, der die Räder im Besitz und in Viebrick verkaufte, will sie von dem großen Unbekannten zum Verlaß erhalten haben. Aber auch auf anderem Gebiet betätigte sich der Angeklagte. So stahl er in einer Wäscherei in einem unbewachten Augenblick eine goldene Damenuhr, während er aus seinem Logis eines schönen Tages verduftete unter Mitnahme von Kleidungs- und Wäschestück eines Kollegen. Begegn dieser Diebstähle und der Hohlerei bei den Rädern verurteilte die Wiesbadener Strafkammer den Hirlmaier zu 2 Jahren Gefängnis, in welche 10 Monate von Mannheim eingerechnet sind.

FC. Ein ungetreuer Knecht. Der Tagelöhner Alexander Hoog war im Januar d. J. bei dem Landwirt Heinrich Stummel in Brechenheim als Knecht tätig. Als der Brotherr dem Knecht auf Neujahr einen guten Anzug ließ, verduftete Hoog mit 7 M. in der Tasche des geliehenen Anzugs, die ebenfalls seinem Dienstherrn waren. Natürlich kam er nicht wieder; von der Strafkammer in Wiesbaden mußte er sich daher wegen Untreue verurteilen lassen. Da es nicht das erste Mal war, daß er in dieser oder ähnlicher Weise mit dem Strafgesetz in Konflikt geriet, wurde auf 7 Monate Gefängnis erkannt.

Die Zentrumspresse und die Lourdes-Wunder. Die in Traunstein erscheinende ultramontane „Oberbayerische Landeszeitung“ veröffentlichte im Juli einen aus der Italienischen Zeitschrift „Das St. Paulier“ übernommenen Bericht über eine angebliche Wunderheilung in Lourdes. Darauf wäre am 7. Mai 1913 eine ungarische Ordensschwester Rosamunde, die seit mehreren Jahren an tuberkulösem Brustkrebs an der Birkesäule und an Genick-Birkeskrebs litt und zwei Jahre bettlägerig war, nach zweitägiger Anwesenheit in Lourdes vollständig geheilt worden.

Dr. Amici, der Leibarzt des Papstes, und der fröhliche behandelnde Arzt, Privatdozent Dr. Balay in Budapest, hätten ebenso wie das ärztliche Konstatierungsbüro in Lourdes die Wunderheilung anerkannt. Der Münchener Arzt Dr. Aigner, der bekannte Gegner des Lourdes-Uberglaubens, erkannte die Redaktion des Traunsteiner Zentrumblattes, die falsche Darstellung dieser angeblichen Wunderheilung richtigzustellen, indem er sich insbesondere auf die ihm zugegangene Darstellung Dr. Balays berief. In der sich nun entwickelnden Korrespondenz ersuchte die Redaktion um Überlassung einer Abschrift des Balayschen Berichts. Dr. Aigner lehnte das mit der Begründung ab, daß Dr. Balay ihm den Bericht in follogial-vertraulicher Weise geschickt habe, stellte aber gleichzeitig in Aussicht, einen zur Veröffentlichung bestimmten neuen Bericht von Dr. Balay sich zu verschaffen. Das Zentrumblatt warte diesen Bericht nicht ab, sondern brachte in seiner Nummer 229 vom 3. Oktober d. J. unter der Überschrift: „Eine Aignerianade“ einen Artikel, in dem es das Veröffentlichungsverschulden Dr. Aigners als Unverantwortlichkeit bezeichnete. Dr. Aigner stellte gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Konrad Adlmaier Bekleidungslage, über die am Dienstag Verhandlung stattfand. In der Verhandlung wurden neben der Korrespondenz zwischen den Parteien auch die Berichte Dr. Balays und Dr. Amici verlesen. Dr. Amici fand den Bericht der Zeitung mit den Schilderungen der Schwester Rosamunde übereinstimmend und kam zu dem Schlus, wenn die Schilderungen der Schwester der Wahrheit entsprachen, d. h. wenn sie wirklich frank nach Lourdes kam, ja liege eine Wunderheilung vor. Dagegen teilte Dr. Balay mit, die Schwester habe tatsächlich an den erwähnten Erkrankungen gelitten. Er habe ihr Kopftücher mit Kopftüchern gegeben und durch das jahrelange Tragen dieses Apparates habe sich ihr Zustand bedeutend gebessert. Er finde im vorliegenden Fall eine sehr begreifliche Erklärung, d. h. die natürlichen Folgen einer zielbewußten ärztlichen Behandlung, leimeswegs aber eine Wunderheilung, denn diese Folgen seien bereits vor der Lourdesreise erreicht gewesen. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten Dr. Adlmaier zu 50 M. Geldstrafe, eventuell 5 Tagen Gefängnis und zur Kostentragung; dem Kläger wurde das Recht zugesprochen, das Urteil auf Kosten des Angeklagten in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und in der „Oberbayerischen Landeszeitung“ veröffentlicht zu lassen. Die Urteilsbegründung stellte fest, daß Dr. Aigner in der ganzen Angelegenheit durchaus einwandfrei gehandelt hat, so daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe vollkommen unbegründet waren.

hd. Angetreue Beamte. Greifswald, 10. Febr. Die hiesige Strafkammer verurteilte den städtischen Steuererheber Johann Strengewitz wegen Unterschlagung von 17900 M. zu 1½ Jahren Gefängnis und den mitangestellten Steuererheber Carl Tewaß wegen Veruntreung von 1800 M. zu 4 Monaten Gefängnis. Beide waren leidenschaftliche Spieler.

M. Erlaubte Selbsthilfe. Frankfurt a. M., 18. Febr. Die hiesige Strafkammer hatte sich heute in einem Strafprozeß gegen einen organisierten Friseur mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Verstoß gegen § 153 der Reichsgerichtsverordnung vorliege, wenn an die organisierten Arbeitnehmer die Aufforderung seitens der Verbandsleitung ergehe, diejenigen Geschäfte zu meiden, die die Tarifordnungen nicht erfüllen, denn Verstoß daran werde gleich Streikbruch angesehen. Das Gericht erkannte auf Streitpunkte, daß der Ausschluß aus der Organisation erlaubt sei und daher auch die Androhung mit dem Ausschluß aus der Organisation gestattet sein müsse. Es handle sich um kein Kampfmittel, das unter § 153 der Gewerbeordnung falle, sondern gehöre zu den Mitteln, die nach § 152 zur Ausübung des Kooperationsrechts zulässig seien.

M. Frankfurt a. M., 17. Febr. Vor der Strafkammer wied sich demnächst ein großer Wucherprozeß abspielen, der sich gegen den früheren Gerichtsbeamten Tadmann richtet. Tadmann war zuletzt in Niedersheim als Amtstätig, wurde dann aber entlassen und erholte sich vor langer Zeit in Frankfurt. Vor einigen Wochen erfolgte seine Verhaftung, nachdem er die Zeugen zu beeinflussen versucht hatte. Nachdem nämlich die Zeugen von der Behörde im Vorverfahren vernommen worden waren, befahlte Tadmann sie zu sich und ließ sich von ihnen lästiglich geben, daß sie nichts Belastendes wüßten. Diese Aussagen schieden er unslugweise der Staatsanwaltschaft ein, die nun schließlich die Verhaftung anordnete.

Sport und Spiel.

• Pierberennen am Anteil, 19. Febr. Brig. Ronde 2000 M. 1. Jean Bier 16:10; 11. 18:10. — Brig. Baucresson 5000 M. 1. A. Beil-Bicards Prince Christian (Bavremont), 2. Calendol, 3. Sida 2. 18:10; 11. 16:10. — Brig. Boucic 10 000 M. 1. Jean Bier Beau Rivage 2 (Lespinas), 2. Benito 2. 3. Balbronnite 28:10; 12. 12:10. — Brig. Decret 11. 4000 M. 1. H. Ricards Le Solide (Ged), 2. Verdigail, 3. Chaterbox 22:10; 23. 18:10. — Brig. Silversmith 4000 M. 1. G. Lienarts Beni Mered (Bavremont), 2. Urbaune, 3. Tonelle 2. 20:10; 12. 11:10. — Brig. Saubear 4000 M. 1. G. Duffouris Usurier (G. Williams), 2. Toncrit, 3. Amibel 7. 25:10; 21. 21:10.

sr. Die Delegiertenversammlung des Internationalen Lawn-Tennisverbands (Fédération Internationale de Lawn-Tennis) wird am 27. und 28. Februar in Paris abgehalten. Es liegen zahlreiche Anträge aus Deutschland, Italien, Frankreich, Amerika und der Schweiz vor. Deutschland beantragt u. a., die Weltmeisterschaften 1916 im Hindernis auf die 6. Olympiade in Berlin ausfallen zu lassen. Rennert stellt Australien den berechtigten Antrag, bei den Weltmeisterschaften die sogenannte Herausforderungsruhe zu fordern zu lassen, so daß der Verteidiger des Titels, ebenso wie alle anderen Teilnehmer, Vor-, Zwischen- und Endrunde bestreiten muß. Die Schweiz wünscht, daß denjenigen Spielern, die sich ohne genügenden Grund von einer Konkurrenz zu trennen scheinen, auf einen Preis in diesem Wettbewerb keinen Anspruch haben sollen. Durch diese Maßnahme soll der Unstetigkeit vorgebeugt werden, daß manche Spieler in der Endrunde dem Gegner den Sieg lampflos überlassen, in der Hoffnung, daß sich dieser Sieger in einer anderen Konkurrenz in der gleichen Weise revanchiert.

sr. Der erfolgreiche englische Fußballspieler. Das 80. repräsentative Spiel für England absolvierte kürzlich der englische Fußballspieler Woodward, der als erfolgreichster Spieler gelten kann. Er vertrat England bisher sowohl in Amateur- wie in Professionalklämpfen sechsmal gegen Irland, fünfmal gegen Wales und Schottland und je dreimal gegen Österreich, Ungarn und Südafrika und einmal gegen Böhmen. 1908 und 1912 gehörte Woodward auch zu der englischen Olympia-Mannschaft.

Neues aus aller Welt.

Schneesturm im Schwarzwald. Karlsruhe, 19. Febr. Seit gestern abend herrscht im Schwarzwald starker Schneesturm. In den höheren Lagen beträgt die Temperatur minus 7 Grad. Die Schneehöhe ist durchschnittlich 10 Centimeter.

Das Drama von Elberfeld. Düsseldorf, 19. Febr. Die Düsseldorfer Fabrikantendochter Brünhild Wilden, die, wie berichtet, in Elberfeld den Sozialdemokt. Kettels bedroht und sich dann der Staatsanwaltschaft stellte, ist 18 Jahre alt. Sie ist mit einem Düsseldorfer Arzt verlobt, der den Arzt Kettels wegen Bekleidung seiner Braut vor das Schregericht gefordert hatte. Arzt Wilden fuhr nach Elberfeld, um sie, wie sie sagte, vor den Augen Kettels das Leben zu nehmen. Durch die provozierenden und aufs neue befeindenden Erklärungen des Arztes kam sie in die größte Sorge. Es kam nach ihrer Darstellung zu einem Streit, in dessen Verlauf der Arzt, der sie in der Hand hielt, sich von selbst entfud und den Arzt traf. Ihre anfängliche Absehung über die bolländische Genie zu entfliehen, gab sie auf, da sie das völlig schauderhaft fühlte. Das Verhältnis mit dem Düsseldorfer Arzt war infolge der üblichen Nachrede des Arztes vor einiger Zeit von dem Brautvater selbstbrocken. Nachdem sich der Arzt jedoch von der Schuldlosigkeit seiner Braut überzeugt hatte, war das Verhältnis erneut worden. Arzt Wilden ist eine in der Düsseldorfer Gesellschaft bekannte Erscheinung.

Verhängnisvolles Spiel mit Streichhälfern. Graz 19. Febr. In Bludenz in Südtirolermark spielen fünf unbescholtene Kinder in einer Bautenstube mit Bündhölzern. Es entstand ein Brand und alle fünf Kinder sind erstickt.

Deutscher Reichstag.

Justiz- und Marineat.

s. Berlin, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Nachdem der Fall der Witwe Hamm aus Flandersbach schon vor 14 Tagen das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigt hatte, ward heute auch der Reichstag zum Tribunal. Dem Wunsche des Staatssekretärs entsprechend, beschäftigten sich die Redner aus dem Hause durchweg der größten Mäßigung; um so stärker war der Eindruck, daß, ganz abgesehen von dem Spezialfalle, eine Reform des Wiederaufnahmenverfahrens gegen sie so starker Widerstand entgegengesetzt werden konnte. Der Sozialdemokrat Dittmann erzählte in aller Breite noch einmal die Geschichte der Mordtat von Flandersbach, wegen der die Witwe Hamm im Jahre 1908 zu 14 Jahren Buchthaus verurteilt wurde. Er stellte aber vor allem fest, daß der ganze Indizienbeweis auf den Ermittlungen des Kriminalkommissars v. Tresckow 2. Berlin ruhte, gegen den sowohl der sozialdemokratische wie der folgende Redner ein geradezu niederschmetterndes Material beibrachte. So erfuhr man bei dieser Gelegenheit, daß das Verleihinstitut von Männern und Frauen zur Ermittlung von Diebstählen, von dem vor einigen Monaten der Abgeordnete Erzberger sprach, identisch ist mit dem Privatdetektiv-Institut, das Herr v. Tresckow noch seinem, ancheinend nicht ganz freiwilligen Ausscheiden aus dem Amt in Berlin eingerichtet hat. Der Zentrumabgeordnete Dr. Weißer erzählte weiter, daß derselbe Herr von Tresckow eine Dame bezichtigt hat, ihren in den Dolomiten zu Tode gestürzten Ehemann besiegt zu haben und daß er dann für einen ähnlichen Indizienbeweis wie den von Flandersbach 125 000 M. bekommen habe. Zwischen dem Polizeipräsidenten Dr. Hetscher und dem Reichsverteiler Landgerichtsrat Dr. Schulz-Bromberg kam es dann noch zu einem kleinen Duell über die Frage, ob der Reichstag überhaupt das Recht habe, sich in das Wiederaufnahmesverfahren, das ja nach den Mitteilungen des preußischen Justizministers im preußischen Abgeordnetenhaus tatsächlich noch schwelt, einzumischen. Die Besprechung des Falles Hamm währt zwei Stunden, dann wurde das Gehalt des Staatssekretärs willig, ebenso der Rest des Staats. Der Reichstag wandte sich hierauf der Besprechung des Marineat zu. Wie nicht anders zu erwarten, stand

heute im Vordergrund die Abrüstungsfrage, auf die schon der Referent **Pfleger** vom Zentrum anspielte und auf die auch der erste Redner, der Sozialdemokrat **Noske**, einging. Herr **Noske**, der allerdings auch auf Schiebungen im Lieferungswesen, auf die so schweren Marinegerichtsurteile, auf die Misshandlung der Mannschaften usw. einging, empfahl als bestes Mittel einer Versöhnung zwischen Deutschland und England ein Bündnis. Er ist sonst wohl gelitten im Reichsmarineamt und stellte sich auch heute relativ freundlich der Marine und ihrer Verwaltung gegenüber. Um so auffälliger war die Schärfe, mit der ihm dann Herr **von Tirpitz** entgegnet. Nach der Versicherung des Staatssekretärs sind alle oder doch ziemlich alle Klagen unbegründet. Über das Abrüstungsproblem schwieg sich der Staatssekretär aus. Sehr ausführlich verbreitete sich dann noch Herr **Erzberger** über die Unfallsfälle in der Marine und den Geist, der dort herrscht. Ein klein wenig bissig war dabei nur, daß er den Staatssekretär bat, Vorsorge zu treffen, daß wir keine Marinegarde bekommen.

Sitzungsbericht.

Eigener Drucksbericht des "Wiesbadener Tagblatts".

Berlin, 19. Februar.

Am Bundesstaatlich: Staatssekretär Dr. **Visco**, Ministerialdirektor **Delbrück** u. a.

Vizepräsident Dr. **Wasche** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten.

Die zweite Beratung zum

Staatssekretär

wird fortgesetzt. — Zur Besprechung steht zum Titel "Staatssekretär" nur noch der

Fall der Witwe Hamm.

Abg. **Dittmann** (Soz.): Es handelt sich hier nicht um eine Parteifrage, sondern um eine Sache der Menschlichkeit, die uns alle gleich angeht. Von der Unschuld der unter dem Verdacht der Beihilfe der Ermordung ihres Mannes verurteilten Bäuerin Hamm sind weiße Kreise überzeugt. Einer Wiederaufnahme des Verfahrens stellen sich illosale Eingriffe entgegen, die zu befehligen wir uns zu bemühen suchen. Die Ansicht der Berliner Polizei, die von der Elberfelder Polizei hinzugezogen wurde, die Frau habe Meuchelmörder gedungen, beruht auf keinerlei Tatsachenmaterial, sondern lediglich auf der subjektiven Meinung des damaligen Kriminalkommissärs **v. Tresckow**. Die Frau wurde zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen sie bisher 6 Jahre abgesessen hat, und zwar wegen Beihilfe zum Mord. Der Mord ist aber noch nicht gefaßt, deshalb kann, zumal der Mord selber noch gar nicht klargestellt ist und es sich vielleicht um eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgang handelt, niemand wegen Beihilfe verurteilt werden. Hätten die Geschworenen gewußt, welche zweifelhafte Persönlichkeit Herr **v. Tresckow** damals schon war, so hätte man ihm kein Wort geglaubt und eine Verurteilung wäre nicht erfolgt. Jetzt betrifft Herr **v. Tresckow** ein Bureau zur Fabrikation von Ehebrüchen. (Hört! Hört!) Mehrere Zeugen wurden von ihm zu falschen Aussagen veranlaßt. Ein Gutachten besagt, daß es sich bei dem Tode der Hamm nicht um einen Meuchelmord im Schlaf, sondern um einen Kampf mit tödlichem Ausgang handelt. Alles spricht für die Unschuld der Frau Hamm. Trotz der Erklärung des Justizministers im Abgeordnetenhaus läßt es die Elberfelder Staatsanwaltschaft an der nötigen Schnelligkeit fehlen, das angebotene Entlastungsmaterial zu prüfen. Wir sehen davon ab, einen Antrag zu stellen, hoffen aber, daß der Staatssekretär alles tun wird, das schwere Unrecht gegen die Frau wieder gutzumachen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Pfeiffer** (Zent.): Die Rolle, die der Kriminalkommissär **v. Tresckow** in dieser Angelegenheit gespielt hat, ist außerordentlich verhängnisvoll. Der Indizienbeweis ist völlig anbetrübt. Hoffentlich gelingt es bald, die Frau Hamm aus dem Zuchthause zu befreien. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hedderich** (Wpt.): Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier ein Schuldig oder Unschuldig auszusprechen. Das ist gefährlich und bedenkllich, aber man kann nicht allgemein erläutern, wie es der Staatssekretär getan hat, daß man sich nicht an der Diskussion beteiligt. Das Wiederaufnahmeverfahren ist in diesem Falle natürlich und selbstverständlich. Beschlüsse können wir nicht fassen, haben aber das Recht und die Pflicht, auf solche Dinge scharf hinzuweisen, um zu zeigen, daß unsere Strafprozeßordnung auf dem Gebiete des Wiederaufnahmeverfahrens der Ergänzung bedarf. (Beifall.)

Abg. Dr. **Schulz-Bromberg** (Apt.) spricht seine Bedenken da gegen aus, daß man in ein schwiebiges Verfahren eingreift.

Damit schließt die Debatte. — Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Von der Resolution der Nationalliberalen auf

Durchsicht des Reichsrechts

werden die Punkte "Behandlung der Geisteskranken im Zivil- und Strafrecht", "Zulassung der Volkschullehrer zum Schöffen- und Geschworenenamt", "Religiöse Erziehung der Kinder aus Miserehen" und "Ausdehnung des schöffengerichtlichen Zuständigkeitsbereichs", letzterer durch Hammelsprung mit 128 gegen 92 Stimmen, angenommen, die übrigen Teile werden abgelehnt.

Angenommen wird ferner die Resolution der Reichspartei, betreffend Änderung des Zwangsversteigerungsgesetzes (Fertigung über Werts- und Pachtzinsen dem Hypothekengläubiger gegenüber).

Bei dem Kapitel

"Reichsgericht"

befürwortet Abg. Dr. **Jung** (nall.) unter großer Unruhe im Hause einen Antrag auf Wiederherstellung des Titels "Sächs. Reichsgerichte". Die Kommission hat wiederum einen Reichsgericht gestrichen. Die Abstimmung ergibt, daß die ganze Rechte mit den Nationalliberalen und Fortschrittler (Bülow-Block) für den sechsten Reichsgericht stimmt. Das ist die Wahrheit. Der Titel ist wiederhergestellt. (Beifall.) Bravo! Große Unruhe.

Es folgt die

zweite Lesung zum Marineetat.

(Staatssekretär **Großadmiral v. Tirpitz** erscheint im Soale.)

Abg. Dr. **Pfleger** (Zent.) berichtet über die Verhandlungen der Budgetkommission und gedenkt dabei der im letzten Jahre erfolgten Marineumlösungen, insbesondere der bei den Lufschiffskatastrophen verunglückten Brüder Mannschaften. Redner stellt fest, daß die Kommissionsverhandlungen ergeben hätten, daß das Verhältnis zu England günstiger geworden

sei. Wenn von englischer Seite in amtlicher Form ein Angebot auf vertragsmäßige Beschränkung der Seerüstungen kommen sollte, so sollte dieses nicht abgelehnt werden. Die gegenwärtige Staatsberatung sei aber nicht auf derartige Hoffnungen und Fiktionen aufzubauen.

Abg. **Noske** (Soz.): Es kennzeichnet einen außerordentlichen Umsturz in der politischen Situation, daß der Referent von einer eventuellen Verständigung mit England sprechen konnte. Weiße Kreise begrenzen diesen Wunsch.

Auch viele reiche Leute stellen Betrachtungen darüber an, daß Rüstungsbeiträge doch recht unangenehm wirken.

Die Rüstungen nehmen aber doch ihren Fortgang. Es scheint die Zeit zu kommen, wo keine besondere Anleihe für Flottengüter mehr notwendig wird, wenn nicht wieder weitergebaut wird. Hinsichtlich der Volksrüstung sieht das gleiche tolle Zeichen ein. Dazu kommt dann die Abwehrrüstung und eventuell Konstruktionsänderungen der Kriegsschiffe. Die Entsendung eines Attaches nach Argentinien halte ich für verfehlt. In erster Linie wird er unserer Rüstungsindustrie zu dienen haben; Amerika gibt aber nur der Nation Aufträge, die ihm Geld pumpen. Besser wäre es, ein halbes Dutzend Konsuln dort anzustellen, um eine vernünftige Handelspolitik anzubauen. Wir könnten das argentinische Fleisch gut gekauft haben. Die Gerichtsurteile in der Marine sind vielfach außerordentlich hart. Die Soldatenchinderei blüht auch in der Marine. Wie steht es mit der Versicherung der Deckoffiziere und mit den Bordabzügen? Wenn die Hafenbauten von Wilhelmshaven und Helgoland vollendet sind, muß bei der Entlassung der Hilfskräfte im Bauwesen schonend verfahren werden, namentlich den Familienvätern gegenüber. Für die Tochter der Marinebeamten spricht der Umstand, daß beim Kaisergeburtstagessen die ratenweise Zahlung gestattet wurde. Kaisergeburtstagessen auf Abzahlung ist wohl noch nicht dagegeben. (Heiterkeit.) Die bei den Lufschiffunfällen umgekommenen Personen haben unsere volle Sympathie und unser Bedauern. An den zweifellos vorgetommenen Konstruktionsfehlern bei den Lufschiffen will die Marineverwaltung keine Schuld tragen. Angehörige der Zeppelinwerft schulden es anders.

Die Fürsorge der Hinterbliebenen der Lufschiffskatastrophe in Johannisthal ist blamabel für die Marineverwaltung. Zunächst wurden ganze 7800 M. gesammelt, worauf dann noch jemand 2000 M. stiftete. Da müssen genügend Mittel in den Staat eingestellt werden, damit ein Mann, der sein Leben aufs Spiel setzt, die Gewissheit mit ins Grab nehmen kann, daß Frau und Kinder nicht zu betteln brauchen. Welcher Art waren die Beziehungen Brandis zum Reichsmarineamt? Dass in der Organisation der Werften etwas faul ist, zeigt der Magdeburger Schmiergelderprozeß. Das Vertrauen muß zum Ruin der Völker werden; es muß deshalb eine Verständigung der Völker angebahnt werden. Statt dessen wird von einschreitenden Leuten immer gehetzt. Bei dem Feierjahrsgefecht heißt es bei jeder Nation: "Gannemann, geh du voran!" Großer Anfang hat dieser Vorschlag jedenfalls nicht gefunden. Alles deutet darauf hin, daß eine neue Flottenvorlage zu erwarten ist. Sie würde unberechenbaren Schaden in der Welt anrichten und das gute Verhältnis mit einem Schlag vernichten.

Staatssekretär des Reichsmarineamts **v. Tirpitz**: Zunächst möchte ich auf die Anregung des Referenten, der mehr süddeutsche Firmen berücksichtigt wissen will, erwidern, daß zwischen deutschen Stämmen durchaus kein Unterschied gemacht wird. Von diesem Standpunkt aus handelt das Reichsmarineamt grundätzlich.

Die Marinestruktur werden gleichmäßig verteilt; Grenzen gibt es hierbei natürlich insofern, als die Schwerindustrie im Westen konzentriert ist. Wir werden aber Süddeutschland in der Weise entgegenkommen, daß Experten nach Süddeutschland geschickt werden, um in Verbindung mit Handels- und Gewerbebeamten zu treten. Vielleicht läßt sich die Sache so machen, daß Norddeutschland zwei Drittel und Süddeutschland ein Drittel der Lieferungen erhält. Der Abgeordnete Noske hat behauptet, daß Vorgesetzte verhältnismäßig geringer bestraft würden als Gemeine. Das muß ich aber zurückweisen. Die Urteile sind für den Mann nicht härter als für den Offizier. Dann hat Herr Noske behauptet, die Mahnungen hätten außerordentlich zugemessen. Tatsächlich haben die Misshandlungen aber ständig abgenommen. Der Abgeordnete Noske hat sich ferne über die Unfälle in der Marine beschwert. Ich kann nur sagen, daß alles Mögliche getan worden ist, um solche Unfälle zu vermeiden. Was die Katastrophe des "L 1" betrifft, so muß ich betonen, daß das Schiff in eine Wetterkatastrophe hineingezogen wurde, und bezüglich der Konstruktionsfehler kann ich nur ausführen, daß diejenigen, die das Lufschiff mit neuen Vorräten versiehen haben, tot sind und sich nicht mehr verteidigen können.

Was die Fürsorge der Hinterbliebenen der Verunglückten betrifft, so haben diese die höchste Kriegspension bezogen, die es gibt; die durch die freiwillige Wohltätigkeit aufgebrachte Summe betrug 80 000 M. Dann bin ich gefragt worden, inwiefern die Marine beim Krupp-Prozeß beteiligt gewesen ist? Sofort nach Bekanntwerden der ersten Eingelteile ist seitens der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet worden. Dabei ist festgestellt worden, daß in der Marine mehr ein Fall des Vertrags militärischer Geheimnisse, noch irgend ein Fall von Bestechung oder Ungehorsam gegen einen Dienstbefehl vorgekommen ist. Das einzige ist, daß einzelne Kriegsleibnehmer Trüngselder bekommen haben, aber höchstens 3 M. Im Oberpersonal sind keine Fälle bekannt geworden und wir können darauf stolz sein. Der Abgeordnete Noske hat behauptet, wir seien beim Flottenbauprogramm gegen eine Einschränkung. Diesen Vorwurf halte ich nicht für berechtigt, aber wir dürfen nicht zugeben, daß irgend ein anderes Land ein Rüstungsmonopol besitzt. Doch wir eine gewisse Anzahl von Schiffen bauen, ist unsere Pflicht. Es ist durchaus wünschenswert, daß unser Volk die Flotte kennen lernt. Wir werden alles tun, daß das Gefühl der Reichsangehörigkeit in unserer Flotte in jeder Beziehung gewahrt wird. (Beifall.)

Der Abg. **Erzberger** (Zent.) äußert sich hierauf ausführlich zum Staat.

Nach einer Erwiderung des Staatssekretärs **v. Tirpitz** vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr pünktlich: Weiterberatung vorher Anfragen. — Schluss 1/47 Uhr.

Annahme eines Kompromißantrages, betr. die Sonntagsbräue. — Berlin, 19. Febr. Die Budgetkommission des Reichstags hat bezüglich der Dauer der Sonntagsarbeit in den Gemeinden unter 75 000 Einwohnern den Kompromißantrag

angenommen, der die Beschäftigungsduer bis drei Stunden zuläßt mit der Mahlzeit, daß in den Gemeinden mit 10 000 oder mehr Einwohnern die Beschäftigungsduer ununterbrochen sein muß.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drucksbericht des "Wiesbadener Tagblatts".
§ Berlin, 19. Februar.

Am Ministerial: v. **Dallwitz**.
Präsident Groß v. **Schwerin-Löwitz** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Zunächst wird ein Antrag auf Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung des Abg. **Erzberger** (Wpt.) entsprechend dem Kommissionsantrag abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des **Stadtkreises Danzig**. Dem Kommissionsantrag entsprechend wird der Gesetzentwurf unverändert angenommen.

Hierauf setzt das Haus

die Beratung des Ministeriums des Innern beim Titel "Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung", und zwar mit der gestern abgebrochenen Debatte über den Antrag des Abg. **Freiherrn Schenck zu Schweinsberg** wegen Belästigung der Unschlüssigkeit, fort.

Abg. **Liesknecht** (Soz.): Wir sind stets bereit gewesen, mitzuarbeiten an der Belästigung der Unschlüssigkeit. Alle Arbeit ist aber vergebens, wenn, wie ein Prozeß gezeigt hat, Polizeibeamte an der kapitalistischen Ausbeutung, der schlimmsten Unschlüssigkeit, teilnehmen. Wir können dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen, weil er von einer unrichtigen Auffassung ausgeht und weil wir nicht das nötige Vertrauen zu den staatlichen Instanzen haben, daß sie wirkliche erzielbare Arbeit leisten können. Eine gesunde Sinnlichkeit hat ihre volle Ersatzbereitschaft. Sie ist das beste Werkzeug gegen die Unschlüssigkeit. Man sollte den Schuhleuten eine Organisation nicht verbieten, wie es der Polizeipräsident v. Jagow getan hat. Darin liegt eine Verleugnung der Grundrechte der Verfassung. Mit seinem Einschreiten gegen die Blaue hat sich Herr v. Jagow geradezu blamiert. (Der Präsident ruft diesen Ausdruck.) Als Führer der Offizierskamarilla, der Kronprinzenkamarilla, wagte Herr v. Jagow, der selbst an der Spitze einer Zivilverwaltung steht, zu rebellieren gegen die Zivilverwaltung. Ein weiteres Verbleiben des Polizeipräsidenten v. Jagow auf seinem Posten ist eine Gemeinschaft für Berlin. (Lachen rechts.) Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Gassel** (Wpt.): Wir haben stets auf dem Standpunkt gestanden, daß das freie Vereins- und Versammlungsrecht wie allen Staatsbürgern, auch den Beamten gewährt werden muß. Die Schuhleute haben erklärt, daß sie nichts davon gewußt hätten, daß zur Gründung eine vorherige Genehmigung notwendig sei. Entschieden zu mithilflichen ist die Strafversetzung des Vorsitzenden dieses Vereins; ebenso verurteilen wir die Strafversetzung und Bestrafung des Schuhmannes, der in einer fortwährenden Versammlung Mitteilung von der Ablehnung der Genehmigung des Vereins machte. Wir beantragen daher, daß die gleichzeitig zulässige Vereinigung von Beamten nicht behindert und insbesondere der Vereinigung Berliner Schuhmänner vom Berliner Polizeipräsidenten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Ich bitte, unseren Antrag anzunehmen.

Minister des Innern v. **Dallwitz**: Das Verbot der Gründung der Vereinigung war ein dienstlicher Befehl. Mit Recht sind deshalb die Bestrafungen der Schuhleute erfolgt, die nachträglich diesen dienstlichen Befehl zum Gegenstand einer öffentlichen Erörterung machen. (Sehr richtig rechts.) Es handelt sich hier um die Aufrechterhaltung der Disziplin. Eine Organisation einer militärisch organisierten Beamtenklasse würde mit der Disziplin in Widerspruch stehen. Ich will hier feststellen,

dass Herr v. Jagow durch sein Organisationstalent, durch seine Unzugänglichkeit gegenüber äußeren Einflüssen gerade in besonderem Maße geeignet ist, den verantwortungsvollen Posten eines Polizeipräsidenten von Berlin auszufüllen. (Lebhafte Bravo! rechts.) Wenn aber der Abg. Dr. Liesknecht hier unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität gegen den Polizeipräsidenten persönlich beleidigende Ausdrücke gebraucht hat, so bitte ich ihn, diese Worte ihm außerhalb des Hauses vor Angesicht zu Angesicht zu wiederholen. Hier im Hause muß ich diese Beleidigungen aber mit dem Maß von Nichtachtung behandeln, das Sie verdienten. (Lebhafte wiederholtes Bravo! rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluss der Debatte ange nommen.

Der Antrag **Freiherr Schenck zu Schweinsberg**, betr. die Belästigung der Unschlüssigkeit, wird angenommen. Der Antrag der Fortschritts, betr. die Vereinigung der Berliner Schuhmänner, abgelehnt.

Der Titel Einrichtung einer Druckerei beim Berliner Polizeipräsidium, 180 195 Mark, wird zurückgezogen.

Zum Kapitel

Polizeiverwaltung in den Provinzen

begündet Abg. **Ons** (Soz.) einen Antrag seiner Partei, der mit Rücksicht auf die in dem Prozeß Sollmann in Köln getroffenen festgestellten Missstände eine Untersuchung fordert, ob und in welchem Umfang Missstände bei Polizeiverwaltungen bestehen, und Mitteilungen über das Ergebnis der Untersuchung sowie über die zur Beseitigung der Missstände etwa getroffenen Maßnahmen verlangt. Dieser Prozeß hat so recht gezeigt, daß die Gehälter der unteren Beamten ungünstig und daß diese deshalb auf Geschenke anwiesen.

In Essen hat die Polizeiverwaltung gegen eine hohe Entschädigung dem Rechenverbande die Mitgliederliste des Steigerverbandes ausgeliefert.

Die Polizeiverwaltung hat nur durch den Einbruchsdiebstahl eines Polizeipräsidenten sich in den Besitz der Liste sezen können. Hier muß reine Wahr geschaffen werden, um uns von dieser Blöße zu befreien.

Ministerialdirektor Dr. **Greub**: Die Feststellungen des Kölner Prozesses bedauern auch wir. Ich muß aber erklären, daß die Regierung überall da, wo sich Missstände gezeigt haben, energisch eingreifen wird, und auch in Zukunft so handeln wird. Wo es nötig war, sind Bestrafungen eingetreten. Wir haben auch sofort an die Regierungspräsidenten Weisungen ergehen lassen, auf derartige Missstände zu achten und ihnen energisch entgegenzutreten. Ich glaube, daß die Regierung des sozialdemokratischen Antrages nicht bedarf, um ihre Pflicht zu tun. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wagner-Breslau (konf.): Der sozialdemokratische Antrag ist überflüssig und unkonsequent. Die Prüfungsgesetz für die Polizeikommissare halten wir nicht für ausreichend. Wie man Militäranwärter als Schulseite ansieht, so sollte man auch verabschiedete Offiziere zu Polizeikommissaren zulassen. Die Generalbehörde sollte über alle ihre Beamte genügend orientiert sein, um die richtige Auswahl treffen zu können.

Ministerialdirektor Dr. Freynd: Gegen eine Zentralisierung der Personalien der Polizeibeamten haben wir Bedenken. Einverstanden sind wir dagegen mit der größeren Hinzugabe verabschiedeter Offiziere zum Polizeidienst. Leider gehen uns zu wenig Offiziere in aktiver Offizierschaft.

Abg. Henn (Wirt. Ver.): Ich bitte den Minister, die Worte, die nach amerikanischem Muster eingerichtet sind, wegen Wölker zu schließen. Ich fordere entschieden zum Kampf gegen diejenigen, die das Fundament des Staates untergraben, auch gegen das Volk Israel. (Große Heiterkeit.)

Hierauf verzogt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr. Fortsetzung der Beratung. — Schluss nach 5 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Bundesratsbeschlüsse.

wb. Berlin, 19. Febr. Der Bundesrat überwies den zuständigen Ausschüssen eine Vorlage, betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Weingesetz (Herstellung von Malzweinen), und einen Gesetzentwurf zur Einschränkung der Verfügungen über die Miet- und Pachtfordernungen. Die Wahl der Mitglieder der Reichsschuldenkommission für das Rechnungsjahr 1914 wurde vollzogen. Zur Annahme gelangte eine Vorlage, betr. den Veredelungsverkehr mit inländischen Grundstoffen zur Herstellung von Handstidereien im Auslande, eine Vorlage, betr. den Veredelungsverkehr mit Kontaktstoffen von Kupferdrat oder Bronze und Winkelstählen aus Eisen, eine Vorlage, betr. Änderung der Bestimmungen über die Schiffsstatistik, ein Gesetzentwurf, betr. Übernahme von Büroräumen durch den Reichsfiskus zum Zwecke der Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete, und eine Vorlage, betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsschuldbuchgesetz.

Keine reichsgerichtliche Regelung der Kommandogewalt.

wb. Berlin, 19. Febr. Die "Nordd. Allg. Blg." schreibt: In konservativen Blättern wird die Erklärung, die der Reichskanzler in der Sababu-Kommission abgeben ließ, dahin gedeutet, daß die Regierung mit dem Reichstag über die Frage der Kommandogewalt zu diskutieren gedenke; das ist ein tatsächlicher Irrtum. Die Frage, in welchen Fällen das Militär bei inneren Unruhen einzutreten hat, ist in den einzelnen Bundesstaaten durch Verfassung, Gesetz und allgemeine Rechtsgrundlage geregelt. Auf der Basis dieser Rechtslage erläßt die Kommandogewalt ihre Instruktionen. Für eine reichsgerichtliche Bestimmung der Grenzen zwischen Militär- und Polizeigewalt, die ein Teil des Reichstags wünscht, kann, wie in der Kommission erläßt wurde,

die Zustimmung des Bundesrats nicht in Aussicht gestellt werden. Intervenieren in der Bereitwilligkeit der Regierung, der Kommission über die bestehenden rechtlichen Zustände Auskunft zu erteilen, die Bereitwilligkeit liegen soll, die Kommandogewalt zur Debatte zu stellen, ist hiernach nicht verständlich.

Aus der heutigen Sitzung des Herrenhauses.

wb. Berlin, 19. Febr. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde u. a. den Verordnungen zur Bekämpfung der akuten spinalen Kinderlähmung in den Regierungsbezirken Hannover und Wiesbaden die Genehmigung erteilt. Der Gesetzentwurf, betr. Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungsfrankensteinen, wurde unverändert angenommen und dann in die Beratung der Novelle zum Landesverwaltungsgesetz eingetreten.

Der Nachfolger des Grafen v. Röder.

wb. Berlin, 19. Febr. Der Landrat des Kreises Breslau Freiherr v. Malzahn ist zum Oberpräsidialrat in Potsdam, als Nachfolger des Grafen v. Röder, ernannt worden.

Erkrankungen im sächsischen Königshause.

wb. Dresden, 19. Febr. Der sächsische "Landesdienst" meldet: Der Kronprinz ist seit Donnerstag an einer Halsschwellung erkrankt und genötigt, das Bett zu hüten. Prinz Friedrich Christian leidet an Heiserkeit und ist daher am Ausgehen verhindert.

Ein Trauergottesdienst für die Prinzessin Wilhelm von Baden.

wb. Karlsruhe, 19. Febr. In der Kapelle im Palais der verstorbenen Prinzessin Wilhelm von Baden fand heute vormittag 11 Uhr ein Trauergottesdienst statt, dem der deutsche Kaiser mit den hier erschienenen Fürstlichkeiten bewohnte. Die Kapelle, in deren Mitte der Sarg unter einer Fülle von kostbaren Blumensträusen fast verschwand, bot einen weihenwollen Anblick. In dem Vorraum der Kapelle hatte noch eine größere Anzahl Gefudeter, unter ihnen als Vertreter der Kreisstadt Oberbürgermeister Siegrist, die Hochschuldirektoren usw. Platz gefunden. Die Feier selbst bestand aus meisterhaft vorgetragenen mehrstimmigen Gesängen, die durch Gebete der in vollem Ornat amtierenden russischen Geistlichen unterbrochen wurden.

Die Beisetzung Hermann Rissens.

wb. Berlin, 19. Febr. Die Beisetzung Hermann Rissens erfolgte heute nachmittag unter zahlreicher Bevölkerung. Nach der Feier im Trauerhaus, bewegte sich der Trauerzug nach dem Hause der Bühnengenossenschaft. Viele hundert Personen schlossen sich an. Im Krematorium fand eine eindrucksvolle Trauerfeier statt, bei welcher verschiedene Ansprüche gehalten wurden.

Abgelehnte Wahlhilfe.

Δ Magdeburg, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Wahlhilfe versucht für die am 20. d. M. in Jetzschow bevorstehende Stichwahl der Magdeburger Polizeipräsident Herr v. Alten dem konservativen Kandidaten zu leisten.

Handelsteil.

Hypotheken als Kapitalanlage.

Die große Geldflüssigkeit — wie im gestrigen Abendblatt gemeldet, spricht man sogar von einer weiteren Diskonterniedrigung der Reichsbank — verstärkt die Hoffnung auf eine Besserung des Immobilienmarktes. Darauf darf man gleichzeitig die Erwartung knüpfen, daß das private Kapital sich auch wieder mehr dem Hypothekenmarkt zuwenden wird. Die "Hypothekennot", die seit einigen Jahren als dauernde Kalamität empfunden wurde, war in erster Linie durch die Abwanderung des Kapitals und das Misstrauen weitester Kreise gegen das Anlegen von Geld in Hypotheken entstanden. Dieses Misstrauen richtete sich hauptsächlich und nicht mit Unrecht gegen die zweite Hypothek, bei welcher der Kapitalist durch Zinsen- und Miet-Zessionen und Ausfälle in der Zwangsvorsteigerung sehr trübe Erfahrungen machen mußte. Durch die angestrebten Verbesserungen der gesetzlichen Maßnahmen, namentlich gegen die Vorausverfügungen des Hausbesitzers über den Mietzins zuungunsten des zweiten Hypothekars, ist zu hoffen, daß auch die Abneigung gegen die Kapitalanlage in zweiten Hypotheken etwas nachlassen werde. Dies ist um so mehr zu wünschen, als die zweite Hypothek als Ablösung der Baugeldforderung bei der Finanzierung von Bauten fast ebenso unentbehrlich ist wie die erste Hypothek. Wenn also unter der jetzigen Sachlage die Kapitalanlage, so lange durch gesetzgeberische Maßnahmen noch keine Hilfe für die Überstände geschaffen worden ist, noch immer ein gewisses Risiko für den Kapitalisten birgt, so dürfte doch die Kapitalflucht bei der ersten Hypothek nicht mehr in so starkem Maße begründet sein. In Anbetracht der größeren Geldflüssigkeit des Geldmarktes wäre zu wünschen, daß wenigstens der Markt der ersten Hypotheken auch seinerseits daran Anteil nimmt. Deshalb dürfte es angebracht sein, auch einmal die Vorteile der Kapitalanlage in Hypotheken ins Auge zu lassen. Befürchtungen hinsichtlich der Sicherheit brauchen bei einer erststelligen Hypothek selbst bei einer Beliebung bis zu 60 Proz. des Taxwertes eines Grundstücks kaum gehegt zu werden, sofern die Taxe nur einigermaßen sachverständig aufgestellt worden ist. Bei großen Objekten sind allerdings die erststelligen Hypotheken fast ausschließlich den Hypothekenbanken, Versicherungsgesellschaften und Sparkassen vorbehalten. Aber bei kleineren Objekten, namentlich in Mittelstädten und Kleinstädten, bietet sich für die Kapitalanlage in ersten Hypotheken noch ein Feld der Betätigung. Auch die Verzinsung ist eine gute, denn der Zinssatz von ca. 4½ Proz. für erste Hypotheken muß als normal bezeichnet werden. Bei der zweitstelligen Hypothek sind, entsprechend dem größeren Risiko, auch die Zinssätze entsprechend höher. Die Sicherheit der zweiten Hypothek hängt sehr stark von der Solidität der Taxe ab. Bei Wohnhäusern, die vernünftig taxiert sind, birgt auch eine zweite Hypothek bis zu etwa 80 Proz. der Taxe noch keine allzu erhebliche Gefahr. Die Verzinsung der zweiten Hypothek erhöht sich noch bei der Erneuerung alle zwei bis fünf Jahre, weil das zur Usance gewordene Misstrauen zu immer höheren Sätzen ansteigt.

Frankfurter Nachbörse.

— Frankfurt a. M., 19. Febr. Kurse von 1½ bis 2% Uhr. Kreditaktien 206½ a. ½%, Disconto-Commandit 197½, Dresdner Bank —, Petersb. Int. Handelsbank 200½, Staatshahn 157½, Lombarden 22%, Baltimore und Ohio 95%, Paketfahrt —, Nord, Lloyd 125½ a. ½%, Phoenix 244 — a 244%, Edison 250 —.

Berliner Nachbörse.

§ Berlin, 19. Februar. (Per Ultimo.)

Kreditaktien	206½	Kanada	217½	Rhein. Stahlw.	164½
Hand.-Gesell.	112½	Orientbahn	198½	Rombacher	164½
Commerzbank	123	Meridional	—	Paketfahrt	143½
Darmst. Bank	123	Pennsylvania	—	Hamburg.-Süd.	—
Deutsche Bank	260½	Henry	163½	Hans.-Dampf.	297
Dtsch. Kommand.	198½	4½ Russen (1922)	—	Lloyd	125½
Dresdner Bank	158½	Türkensee	168½	Dynamit-Trust	179
Nationalbank	121½	Ametist-Frieds	162	Naphtha-Nobel	404
Schaffhausen	105	Bochumer	227½	Allg. Elektrizität	250½
Pet. Int. Hdlsb.	208½	Luxemburger	146½	D. Uebersee El.	179½
Lüb.-Büchener	140	Geisenkirchen	195½	Siemens	221½
Schaffhausbahn	140	Harpener	180	Schuckert	154
Lombarden	222	Hohenloewitz	129½	Ges. f. elektr.	—
Anatolier	117½	Laurahütte	164½	Untern.	171½
		Phoenix	245	South-Westaf.	120

Banken und Geldmarkt.

* Reichsbank. Der Geheime Finanzrat Schneider im Reichsbankdirektorium in Berlin wurde zum Geheimen Oberfinanzrat ernannt.

* Die Zeichnung der neuen Hamburgischen Staatsanleihe hatte ein befriedigendes Ergebnis. Es wurden ungefähr 200 Mill. M. gezeichnet, und zwar sehr wenig freie, dagegen überwiegend Sperrstücke und Schuhbucheintragungen.

* Deutsche Petroleum-A.-G., Berlin. Auf der Tagesordnung der nächsten Generalversammlung steht auch ein Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals, das gegenwärtig bekanntlich 20 Mill. M. betrifft.

Industrie und Handel.

w. Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer, A.-G., Frankfurt am Main, Frankfurt a. M., 19. Febr. Das am 31. Oktober 1913 beendete Geschäftsjahr der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer, A.-G. zu Frankfurt a. M. schließt mit einem Reingewinn von 4 191 826 M. einschließlich 548 979 M. Vortrag aus dem Vorjahr (I. V. 4 078 223 M. bzw. 426 340 M.), wobei die regulären Abrechnungen mit 1 979 003 M. (I. V. 1 448 875 M.), die Handlungskosten mit 1 541 760 M. (I. V. 1 232 774 M.) abgesetzt sind. Der Dekrediterkonto 30 000 (wie seit Jahren) zugeführt sind. Der Aufsichtsrat hat (entsprechend unserer Ankündigung im Mittwoch-Abendblatt) beschlossen, der auf der 18. März d. J. einzuholenden Generalversammlung der Aktionäre die Verteilung einer Dividende von 25 Proz. (I. V. 30 Proz.) auf die alten Aktien von nom. 8 Mill. M. und von 12½ Proz. auf die pro 1912/13 nur mit halber Jahres-Dividendo beteiligten jungen Aktien von nom. 5 Mill. M. vorzuschlagen, ferner die Zuwendung von 100 000 M. an den Pensionsfonds der Beamten und von 40 000 M. an den Fonds für Wohlfahrts-Einrichtungen, beides wie im Vorjahr, und die Rückstellung von 10 000 M. für Talonsteuer und von 30 000 M. d. J. einem Drittel des voraussichtlich zu zahlenden Wehrbeitrages, zu empfehlen. Der nach Abzug der satzungsmäßigen Tantiemen verbleibende Restgewinn von 587 008 M. soll vorgetragen werden. Der derzeitige Geschäftsgang ist in allen Zweigen der Fabrikation ein befriedigender. Beim Walzdrahtverband ist der Auftragseingang neuerdings etwas besser geworden. Am 15. d. M. lagen an unerledigten Aufträgen rund 150 000 Tonnen vor gegen ca. 130 000 Tonnen am 1. Januar und bei einem durchschnittlichen Quartalsverstand von 120 000 Tonnen.

Verkehrswesen.

w. Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Hamburg, 19. Febr. In der heutigen Aufsichtsratssitzung der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft wurde beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer

Da für die Stichwahl die freisinnigen Stimmen ausschlaggebend sind, besuchte der Polizeipräsident den fortschrittlichen Kandidaten Kleckermeister Kobel persönlich, um ihn zu bewegen, seinen Einfluß bei den freisinnigen Wählern des Wahlkreises dafür zu machen, ihre Stimmen für den konservativen Kandidaten abzugeben. Herr Kobel lehnte es jedoch ab, in diesem Sinne für den konservativen Kandidaten zu wirken.

Eine bemerkenswerte Auszeichnung Professor Ernst Hädel.

○ Jena, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Ernst Hädel hat zu seinem 80. Geburtstag das Großkreuz des Sachsen-Ernestinischen Hausordens erhalten. Mit dem Großkreuz, das Hädel von den Herzögen von Meiningen, Coburg und Altenburg verliehen wurde, ist der erbliche Adel verbunden.

Das Gerichtsverfahren gegen bulgarische Minister.

wb. Sofia, 19. Febr. Der höchste Gerichtshof in Sachsen der Verfehlungen der stammbüroistischen Minister beschloß, die Sitzungen bis Mittwoch zu versetzen, um den Richtern Zeit zu geben, das umfangreiche Urteil zu prüfen und zu dem Richterschein des Angeklagten Generals Savow Stellung zu nehmen.

Ausstandsbewegung bei der Messagerie Maritimes.

wb. Marseille, 19. Febr. Die Offiziere und Mannschaften der Dampfschiffahrtsgesellschaft Messageries Maritimes sind in den Ausland getreten; sie fordern vor allem eine Erhöhung der Gehälter.

Ein neues Rheumatismus-Mittel.

×× Brüssel, 19. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der Lütticher Arzt Dr. Hentz behauptet, ein neues Serum gegen rheumatische Erkrankungen entdeckt zu haben. Die belgische Akademie der medizinischen Wissenschaften hat den Report des Lütticher Arztes eingefordert, sein neues Serum geprüft und als ernsthaft und fruchtbefähigend erkannt.

Die Verhandlung gegen Graf Mielants.

wb. Gräb, 19. Febr. Graf v. Mielants ist heute mittag im Automobil nach Rosario gerichtet worden, wo möglicherweise gegen ihn verhandelt wird.

wb. Köln, 19. Febr. Die albanische Abordnung mit Graf Vlach-Pasha ist heute vormittag aus Rom hier eingetroffen und reist am Samstag nach Neuwied weiter.

Reklamen.

Die rühmlichst bekannte
Mayonnaise
von TÜRK & PABST
ist jetzt in neuem Originalglas
mit sauberem Glasdeckel
zu haben appetitlich, praktisch!

F 18

Dividende von 14 Proz. (i. V. 14 Proz.) auf das um 4 Mill. Mark erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister B. Nr. 236 wurde bei der Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma: "Park-Lichtspiele", Gesellschaft mit beschränkter Haftung, mit dem Sitz zu Wiesbaden, eingetragen: Der Kaufmann Franz Vennewitz in Wiesbaden ist als Geschäftsführer ausgeschieden. An seine Stelle ist Kaufmann Heinrich Bayer in Nürnberg zum Geschäftsführer bestellt.

In das Handelsregister B. Nr. 263 wurde bei der Firma: "Hygiene Union, Vertriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung" mit dem Sitz zu Wiesbaden eingetragen: Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 15. Januar 1914 aufgelöst. Direktor Eugen Müller in Wiesbaden ist zum Liquidator bestellt.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag, Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beliebte Ausgaben: 10 Pf. monatlich. Nr. 2 – vierfachjährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bingerloch. Nr. 3 – vierfachjährlich durch alle deutschen Buchhändler. zulässig! Schriftgeld – Bezugsschätzungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweckstelle Wiesbaden 29, wobei die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: bei den dortigen Buchhändlern und in den benachbarten Dörfern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Kennzeichnung: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gümmerstr. 66, Fernspr.: Amt Uhl 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Stellen wird keine Bewilligung benötigt.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.



Anzeigen-Preis für die Seite: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Werner Anzeiger“ in einzelner Form; 20 Pf. in dichten abwechselnden Spaltenführungen, sowie für die übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 RM. für lokale Beklamer; 2 RM. für auswärtige Beklamer. Ganz, halbe, drittel und viertel Seiten, durchlaufend, nach beliebter Periodierung – Bei wiederholter Aufnahme unverändert Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entgegenseitiger Rabatt.

Freitag, 20. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 86. • 62. Jahrgang.

Russlands Rüstungen.

Berlin, 19. Februar.

In hiesigen politischen Kreisen wird zu der Petersburger Meldung, betreffend die Verdränkung der Schiffsahrtsfreiheit in den meisten russischen Häfen, bemerkt, daß zunächst weitere Mitteilungen abgewartet werden müssen, ehe über die Maßregel angemessen geurteilt werden kann. Es liegt nahe, anzunehmen, daß das offizielle Petersburger Telegramm eine Flüchtigkeit enthält, indem es von fremden Schiffen spricht, ohne zwischen Kriegsschiffen und Handelschiffen zu unterscheiden. Würde das Verbot des Anlaufs nur für Kriegsschiffe gelten sollen (das ist nach einer neuen, unten wiedergegebenen Drahtmeldung der Fall-Schrift), so wäre keine Einwendung zu machen, denn das Recht, fremde Kriegsschiffe nur nach eingezogener, auf diplomatischem Wege zu erteilender Erlaubnis zu zulassen, gehört zu den Grundsätzen der internationalen Völkerrechtsbeziehungen. Da dies aber der Fall ist, so würde es überflüssig erscheinen, eine selbstverständliche Rechtslage nochmals in so strenger Form zu betonen, wie es in der Verfassung der russischen Regierung geschieht. Allerdings sind in Russland zu den bisherigen schon bestätigten Häfen in der letzten Zeit mehrere neue hinzugekommen, und so ließe sich die wiederholte Einschränkung des Anlaufsverbotes immerhin doch erklären. Würde die Verfügung mit auf die Handelschiffe ausgedehnt, so könnte nicht daran vorbeigangen werden, daß eine fürs erste nicht gut zu verstehende Rechtswidrigkeit vorliege. Jedenfalls standen die Verfügung im Widerspruch mit dem deutsch-russischen Handelsvertrag von 1904, der im Artikel 13 bestimmt, daß die deutschen Schiffe und ihre Ladungen in Russland ganz wie die inländischen Schiffe und Ladungen behandelt werden müssen. Artikel 18 des Handelsvertrags spricht dann noch aus, daß die Benutzung der Häfen und Handelsplätze den Angehörigen des andern vertragsschließenden Teiles unter denselben Bedingungen wie den Angehörigen des eigenen Staates gestattet werden muß. Die Sperrung der meisten russischen Häfen für Handelschiffe würde hiernach als Vertragsverletzung anzusehen sein. Nach der neuen Petersburger Meldung hat nun also die russische Regierung solche Absichten nicht. Aber auch wenn sich die Maßregel nur auf die Kriegsschiffe fremder Staaten beziehen soll, verdienen sie die stärkste Beachtung darum, weil es mitten im Frieden etwas ganz Ungewöhnliches wäre, solche Unfreundlichkeit an die anderen Staaten zu richten. Weder bei uns noch sonstwo dürfen fremde Kriegsschiffe ohne weiteres einlaufen. Wie würde es nun aber wirken, wenn das ohne Not ganz plötzlich laut verlautet würde? Nicht ohne Grund würde man im Ausland an etwas hinter dem Verbot Stedendes denken, an bedrohliche Vorbereitungen. Die russische Verfügung auch wenn sie nur für Kriegsschiffe gelten soll, gehört in die Reihe der außälligen Erecheinungen, aus denen sonst fahrläufige Beobachter neuerdings schließen zu müssen glauben, daß im Nachbarreiche sonderbare Pläne gehegt werden. Gerade weil kein unmittelbarer Anloch zu Verwirrungen vorliegt, jedenfalls kein Anloch von gleicher Stärke und Dringlichkeit, wie sie sich während des Balkankrieges mehrfach ergeben haben, gerade darum müssen die zwielos betriebenen Rüstungen Russlands einen so befremdlichen Eindruck machen. Die Herren Delcassé und Tschwolski scheinen nicht vergeblich gearbeitet zu haben. Zwar ist Stolzow hauptsächlich wegen der Angriffe des Grafen Witte gegen seine Finanzpolitik gefallen, aber der überlegene Gegner hätte es wohl schwerer gehabt, wenn der bisherige Ministerpräsident nicht während seines letzten Aufenthalts in Berlin Beziehungen angeknüpft hätte, die den uns feindlich gesinnten Elementen der russischen Gesellschaft aufs äußerste mißfielen. Stolzow schien sich ja vor dem Sturz dadurch retten zu wollen, daß er in der Budgetkommission der Reichsduma in das Horn der eichtrussischen Leute stach und uns die Absicht ausdrückte, zur Errichtung eines besseren Handelsvertrages auswärtige Verbindungen anzutasten. Es hat ihm nichts genützt, auch er wird bald gehen. Die neuen Männer aber, vor allem Gorjewski, bieten uns bisher nicht die Bürgschaft dafür, daß das frühere, aber doch erträgliche Verhältnis fortdauern wird. Die russischen Rüstungen an der Westgrenze des Reichs sind eine Tatsache, über die man in unseren politischen Kreisen nicht zu sprechen braucht, weil der Zustand keine Erläuterung nötig macht. Zweit heißt es gar, daß in Russisch-Polen drei weitere Armeekorps aufgestellt werden sollen.

Die russisch-öffentliche Richtigstellung.

ab. Petersburg, 19. Febr. Die gestern gemeldete Verordnung über den Besuch fremder Schiffe in russischen Häfen und Gewässern betrifft ausschließlich Kriegsschiffe.

Der Gesetzentwurf gegen die Gefährdung der Jugend.

Der Entwurf eines Gesetzes gegen die Gefährdung der Jugend durch Zurschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen, der dem Reichstag heute zugegangen ist, bestimmt, daß die Gewerbeordnung folgenden § 43a erhält:

Schriften, Abbildungen oder Darstellungen dürfen in Schaufenstern, in Auslagen, innerhalb der Verkaufsräume oder an öffentlichen Orten nicht derart zur Schau gestellt werden, daß die Zurschaustellung geeignet ist, Argernis wegen fiktiver Gefährdung der Jugend zu geben. In § 149a wird bestimmt, daß mit Haft oder Geldstrafe bis zu 300 M. Zwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen bestraft werden.

Die Begründung heißt es:

Der vorliegende Entwurf will der weiteren Verbreitung der Jugend fiktiv gefährdenden Schriften, Abbildungen und Darstellungen entgegen treten, als dies unter Wahrung der Freiheit der Presse, der Kunst und Wissenschaft sowie der Freiheit jedes erwachsenen Menschen, sich seinen Geschäft nach Belieben auszuwählen, im Rahmen der Gewerbeordnung möglich erscheint.

Die Frage, ob und wie die sogenannte Schundliteratur und sonstige anstößige Darbietungen strafrechtlich bekämpft werden können, scheidet hier aus. Die schwere fiktive Gefährdung der Jugend durch literarischen und bildnerischen Schund hat nach dem ersten massenhaften Auftreten in Jahre 1905 die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Von den verschiedensten Seiten ist diesen Bestrebungen, wie die Begründung herwohlt, entgegengetreten worden. Der solide Buchhandel hat jede geschäftliche Gemeinschaft mit den Erzeugern der Schundliteratur ausgeschlossen. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß diese Maßnahmen allein nicht genügen, daß es, um nachteilige Wirkung zu erzielen, der Erweiterung staatlicher Machtmittel auf dem Gebiete der Gesetzgebung bedarf. In der Öffentlichkeit und in den Parlamenten ist zu wiederholten Male ein gesetzgeberisches Vorgehen gewünscht worden. Nachdem die Kolportage und der Strafhandel keine Möglichkeit mehr hatten, die Schundliteratur zu verbreiten, war es notwendig, auch für den Buchhandel einschränkende Bestimmungen zu erlassen. Die Vertriebsstätten jugendgefährlicher Darbietungen sind nach den angestellten Erhebungen hauptsächlich Antiquariate, Papiergeschäfte, Zigarrenläden und Friseurgeschäfte. Um die Schundliteratur wirksam zu bekämpfen, muß deshalb dahin gestrebt werden, daß diese Geschäfte derartige Erzeugnisse nicht mehr auslegen dürfen. Es soll nicht beabsichtigt sein, Handel und Gewerbe durch ein Verbot einzuschränken, das auch anständige Buch- und Kunstdarstellungen fortlaufend in die Gefahr der ungewollten Geschäftsvorleistung hätte bringen können. Es muß bei der Beschränkung der Verbote aber verlangt werden, daß der Ausstellende Vorlehrungen trifft, fiktiv Argernis erregende Darbietungen von Auslagen an der Straße oder im Innern der Geschäftsräume fernzuhalten. Die natürliche Folge der Unterdrückung der Schundliteratur wird eine Verminderung der Kauf- und Schaulust der Jugend und damit ein Rückgang in der Herstellung und im Vertrieb der Schundliteratur werden, so daß angenommen werden kann, daß das Verbot im Verein mit strenger Überwachung des Handels, der Ortskolportage und des Strafhandels zu dem gewollten Ziele, dem Schutz der Jugend vor fiktiver Gefährdung durch Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, führt.

Unter das Verbot fallen Ansichtsvorlakarten, Lichtbilder, Schallplatten mit Text, die Reklamebilder der Kinos, die Projektionsbilder an der Straße, die öffentlich aufgestellten Mutoskope, die Ausstellung von Bildern und Figuren in Schaufenstern, auf Volksbelustigungssäulen unter der Vorauseitung, daß diese Zurschaustellung derart erfolgt, daß sie geeignet ist, Argernis oder fiktive Gefährdung der Jugend zu geben.

Der Entwurf entspringt sicherlich einem guten Gedanken, nämlich dem, die Jugend mehr als bisher vor den lästernen und geschmacklosen Ausstellungen, Anpreisungen und Vorführungen in Läden und Schaufenstern zu bewahren. Dass hier manches Unheil angestiftet werden kann, sei zugegeben; freilich wird der Einfluß der Schundbilder und Sensationsreklamen auf die jugendliche Psyche wohl auch vielfach übertrieben. Die Begründung gibt selbst zu, daß ziffernmäßige Nachweise über die Einwirkung der Schundliteratur auf die Kriminalität Jugendlicher sich nicht geben ließen. Die Vorlage selbst aber muß mit ihrer sogenannten Fassung doch mancherlei Bedenken erregen.

Politische Übersicht.

Die Linksmehrheit.

Die Blätter der Rechten beginnen bereits einen Triumphzug anzustimmen darüber, daß nach der heutigen stattfindenden Reichstagswahl in Trierichow die Mehrheit der Linken im Reichstag zer-

trümmert sein werde. Sie rechnen heraus, daß, nachdem das Zentrum den Nationalliberalen abgenommen und nun Trierichow den Sozialdemokraten entflohen sei, und nachdem auch der Abgeordnete Hestermann von der Linken auf die rechte Seite hinübergewechselt hat, Sozialdemokraten und Liberale nur noch 198 Stimmen besitzen würden, während die absolute Mehrheit 199 beträgt. Nach unserer Meinung ist die Gefahr nicht allzu ernst zu nehmen. Ganz abgesehen davon, daß die Möglichkeit besteht, der Reichspartei das Mandat des Generals v. Liebert wieder abzunehmen, rechnen die reaktionären Blätter bei diesen ganzen Ausstellungen die Polen zur Mehrheit der Rechten, die doch in sehr vielen Fällen, namentlich in Fragen der Sozialpolitik und der Ausnahmegelebigung, mit der Linken zu stimmen pflegen. Dazu kommt weiter, daß wie die Erfahrung lehrt, die Rechte niemals so präsent zu sein pflegt wie die Linke, insbesondere wie die sozialdemokratische Fraktion, die in entscheidenden Fällen fast immer vollzählig zur Stelle ist. Endlich aber scheint uns eine Mehrheit überhaupt nicht diesen Namen zu verdienen, die davon abhängig ist, ob etwa gerade ein Abgeordneter den Schnupfen hat oder sonstwie durch dringende Beschäftigung vom Sitzungssaal ferngehalten ist.

Die Erklärung der „Norddeutschen“, betreffend die Sabernkommission.

In der Form einer Bemerkung der Mitteilungen konservativer Blätter über die Haltung der Regierung zur Sabern-Kommission erläutert die „Nord. Allg. Zeitung“ (wie wir in der Morgenauflage mitteilten) eine scharfe Erklärung in der Frage der Kommandogewalt des Kaisers. Es wird gesagt, die Frage, in welchen Fällen das Militär bei inneren Unruhen einzuschreiten habe, sei in den einzelnen Bundesstaaten durch Verfassung, Gesetz und allgemeine Rechtsgrundlage geregelt; auf der Basis dieser Rechtslage erlaße die Kommandogewalt ihre Instruktionen; für eine reichsrechtliche Bestimmung der Grenzen zwischen der Militär- und Polizeigewalt könne die Zustimmung des Bundesrats nicht in Aussicht gestellt werden. Über dieses Thema, nämlich Kommandogewalt, darf nicht geredet werden – das ist die Auffassung der Regierung. Dass die Kommandogewalt auf den verfassungsrechtlichen Grundlagen beruhen muß, kann doch aber die Regierung nicht bestreiten; und wenn darüber Zweifel herrschen, wie bei der Anwendung der Kabinettsorder von 1820, so muß logischerweise die Regierung rede und Antwort stehen. Wenn die Regierung sich weigert, über die Frage der Kommandogewalt überhaupt sich in irgendwelche Debatten einzulassen, so legt sie damit den Grund zu vermutlich recht unerquicklichen neuen Auseinanderseitungen. Freilich hat sie sich bei ihrer bisherigen Haltung noch nicht einmal den Dank der Konseriativen geholt, denn diese halten es schon für ganz ungebührig, daß die Regierung auch nur, wie sie angekündigt hat, über die tatsächlichen Rechtsverhältnisse Auskunft erteilen will. Die Konseriativen wünschen, daß die Regierung den Reichstag noch mehr brüsst, als dies bisher schon geschieht. Unter dem Motto „Kommandogewalt“ wollen sie die Rechte des Reichstags und damit des Volkes noch Möglicherweise! Es fragt sich nur, ob das deutsche Volk sich eine derartige Misshandlung seiner Rechte gefallen lassen wird.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser nahm gestern mittag in Karlsruhe Besuch entgegen. Den Tee nahm der Kaiser beim Großherzog von Sachsen ein.

* Die Verlegung der tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig. Die Finanzdeputation der Zweiten Sächsischen Kammer hat mit 11 gegen 4 Stimmen beschlossen, den für eine tierärztliche Hochschule zu errichtenden Neubau nicht in Dresden, sondern in Leipzig, entsprechend der Regierungsvorlage, ausführen zu lassen. Damit durfte bei Zustimmung des Plenums die Verlegung der Hochschule von Dresden nach Leipzig gesichert sein.

* Der Deutsche Handelsstag zu den Auseinandersetzungen zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Lebensversicherungsanstalten. Der Ausschuss des Deutschen Handelsstags hatte sich vor kurzem mit dem Streit zu beschäftigen, der nun schon seit längerer Zeit zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten Lebensversicherungsanstalten ausgetragen wird, und der bereits sehr starke Formen angenommen hat. In den Beratungen des Ausschusses wurde von verschiedenen Seiten der Meinung Ausdruck gegeben, daß es sich für den Deutschen Handelsstag nicht darum handeln könne, die Gegenseite dadurch noch zu verstärken, daß er sich unbedingt für die eine oder andere der beiden Organisationsformen einsetze. Sie beständen nun einmal beide, und jetzt müsse erreicht werden, daß sie in friedlichem Wettbewe-

Deutschland war, auch nicht Österreich-Ungarn. Bald aber begann Es die Spionage nach rein geschäftlichen Gesichtspunkten zu betreiben. Er bot das Material, das ihm in die Hände fiel, auch solchen Mächten an, die nicht der Gruppe jener Mächte angehörten, in deren ausschließlichen Diensten er ursprünglich stand. Er lieferte also an verschiedene Staaten und spionierte auch gegen verschiedene Staaten. Die Ansicht, Es habe mit dem bekannten Spion Larguerie in Verbindung gestanden, entbehrt jeder Grundlage. Larguerie bildete nur eine Zentrale und Vermittlungsstelle für die Weiterleitung von Spionagematerial, während Es selbst militärische Geheimnisse zu erlangen suchte. Der zugleich mit Es ausgewiesene Glasier ist vielleicht ein Gegenspieler, der mit der Überwachung Es' befreit war. Die Schweizerische Depeschen-Agentur fügt hinzu: Es scheint, daß neutrale und zentral gelegene Staaten, wie die Schweiz und Belgien, immer mehr Stützpunkte der internationalen Spionage werden. Die schweizerischen Behörden haben aber ein scharfes Auge auf diese Leute und schreiten jeweils ein, wenn sie den Beipunkt dafür für gesammelt halten. So wurden allein im letzten Vierteljahr acht Spione ausgewiesen. Von diesen Ausweisungen sind nur zwei Fälle, nämlich die Fälle Larguerie und Es, der Öffentlichkeit bekannt geworden, während die anderen, bei denen es sich um alleinstehende Spione handelte, im Stillen erledigt wurden.

Belgien.

Das Besinnen des Königs. Brüssel, 19. Febr. Ein heute abend ausgegebener Gesundheitsbericht besagt: Der Gesundheitszustand des Königs ist so gut, daß die Ausgabe weiterer Berichte unnötig ist.

Frankreich.

Die Einkommensteuer. Paris, 19. Febr. (Senat.) Finanzminister Gouilloux vertheidigte nochmals eindringlich den Einkommensteuerentwurf und schloß mit den Worten: Die Regierung hat volles Vertrauen zu der Weisheit und der politischen Einsicht des Senats, damit ein Gedanke der Gerechtigkeit verwirklicht werden kann, von welchem die Zukunft der Republik und Frankreich abhängt. (Redebooster Weißl. links) Ribot erwiderte in bemerkenswert verständnisvollem Tone und rief dem Finanzminister zu: „Sagen Sie nicht, alles oder nichts. Das ist keine Politik!“ Die Beratung wird am nächsten Montag fortgesetzt werden.

Die Gegenforderungen für die russischen Anleihen. Paris, 19. Febr. In einer Blättermeldung aus Petersburg wird darüber Bescheid gegeben, daß die russische Regierung die Absicht habe, die Maschinenlieferungen für die Eisenwerke von Perm in einem englischen Syndikat zu übernehmen, obgleich deren Angebot ungünstiger als das der französischen Industrie sei. Es sei dies um so seltsamer, als der frühere Ministerpräsident Kotschow anlässlich der Erhöhung der russischen Eisenbahnrente auf 600 Millionen dem früheren Botschafter Delcassé ausdrücklich versprochen habe, daß die Lieferung für die Eisenwerke von Perm, welche gleich den Butilowwerken Kriegsmaterial erzeugen, der französischen Industrie überlassen werden sollte.

Der Prinz zu Wied in Paris. Paris, 20. Febr. Der Prinz zu Wied verabschiedete sich gestern nachmittag 3 Uhr vom Präsidenten Boiscaire und stellte nacheinander dem englischen und russischen Botschafter, zuletzt dem Senatspräsidenten Dubot und dem Kammerpräsidenten Deschanel kurze Besuch ab. Erst um 8 Uhr abends kehrte der Prinz wieder ins Hotel zurück. Um 11 Uhr abends verließ er Paris, um nach Neuengland zurückzufahren.

Sechsjährige Konzessionen für Spielkinos. Paris, 19. Febr. Die Senatskommission zur Prüfung der Frage des öffentlichen Glücksspiels hat beantragt, die den Spielkinos bisher auf fünf Jahre erteilten Konzessionen auf die Dauer von zehn Jahren zu verlängern.

Der Schiffahrtskrieg in Marseille. Paris, 19. Febr. Trotz des Streits der Maschinen-Obermaate konnten die Postdampfer „Rataf“ und „Saghalien“ der Messageries Maritimes nach Madagaskar und Konstantinopel abheben. Die Leitung der Messageries erklärt, daß sie, falls der Streit nicht bald beendet sein sollte, entschlossen sei, alle ihre Postdampfer abzutakeln. Der Postdienst würde in diesem Falle von ausländischen Schiffen besorgt werden.

Nukland.

Der Rücktritt des Unterrichtsministers Kasso. Petersburg, 19. Febr. Der Unterrichtsminister Kasso begibt sich am 23. d. M. ins Ausland und wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Der Minister hat dem Karen eine Erklärung bezüglich des Zusammenhangs seiner Person mit dem Skandal im Hause des Reichstagsmitglieds Denissow gegeben, wodurch er sich jedoch nicht entlasten konnte.

Der neue österreichisch-ungarische Botschafter beim Karen. Warschau. Silesia, 19. Febr. Der Kaiser empfing heute den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szapolyai, der ihm sein Amtsantrittsgesuch reichte.

Vom Pakawang. Petersburg, 19. Febr. Die Finanzkommission der Reichsduma hat sich dafür ausgesprochen, den Pakawang für Auslandsreisende abzuschaffen, die Pakawang jedoch beizubehalten.

Balkanstaaten.

Serbisch-montenegrinische Mobilmachung gegen albanische Banden. Göttinge, 18. Febr. Die heute in Kraft tretende Teilweise Mobilmachung umfaßt 10 000 Mann, die über die neu erworbenen Gebiete verteilt werden, wo, wie die „Nin. Atg.“ meldet, angeblich unter den Albanen eine allgemeine Erhebung vorbereitet ist, welche die Wiedervereinigung mit Albanien bezweckt, sobald dort die endgültige Staatsordnung nach dem Eingang des Fürsten wirklich eingesetzt wird. Die gleiche Vorhersage wurde von seitens Serbiens verfügt. Es wird versichert, hier sowie in Serbien sei man seit entschlossen, tapferig gegen Albanen vorzugehen, falls die Albanen im Sondschaf in der Tat eine Erhebung versuchen sollten.

Ein missglückter Fluchtversuch. Veltz-Beis. Valona, 20. Febr. Der zum Tode verurteilte Major Veltz-Beis hat einen Fluchtversuch unternommen, der durch die Nachsicht der holländischen Offiziere vereitelt wurde. Diese hatten erfahren, daß Veltz-Beis seinen Wächtern für den Fall des Eingangs des Fluchtversuchs eine Belohnung von 20 000 Mark versprochen hatte. Er wurde rechtzeitig verhindert. Veltz-Beis wurde nach Stutari gebracht. Die Wächter befinden sich in Valona in Haft.

Die erste Aushebung auf den neuen griechischen Inseln. Athen, 19. Febr. Die erste ordentliche Aushebung auf den

Inseln Chios, Mytilene, Samos und Lemnos hatte nach den Mitteilungen des Kriegsministeriums unerwartet günstige Ergebnisse. Die Zahl der Militärlastigen, die sich bis Ende Januar stellten, betrug etwa 10 000. Dazu kamen viele im Ausland wohnende Einwohner zur Ablesung des Militärdienstes zurück. In Samos und Lemnos werden zwei vollständige Bataillone gebildet, auf den übrigen Inseln zwei Regimenter. Vielleicht wird für die Inseln des Ägäischen Meeres eine besondere Division gebildet.

Türkei

Die Stellung der Porte zum deutsch-französischen Abkommen. Konstantinopel, 20. Febr. Die Einzelbestimmungen des deutsch-französischen Abkommens über die Bahngesellschaften in Kleinasien waren an den amtlichen türkischen Stellen gestern noch nicht bekannt. Jedoch kann die Ratifizierung der Abmachung durch die Türkei als sicher gelten. Nach dem Eindruck betrachtet, den die deutsch-französische Verständigung in Stambul gemacht hat, erklärte ein hervorragendes Mitglied des Kabinetts: Wir haben nur einen Wunsch, daß alle Verhandlungen rasch abgeschlossen werden. Unsere Verluste werden wir später berücksichtigen.

Eine deutsch-offizielle Ablehnung der neuesten französischen Deche gegen die Militärmission. Berlin, 19. Febr. Gegenüber der Meldung des „Matin“ aus Konstantinopel, daß die Kreise des Oberstleutnants v. Stempel nach Berlin als ein Beweis des Scheiterns der deutschen Militärmision angesehen sei (vgl. das gestrige Abendblatt unter Punkt Drabkiewitsch), wird der „Frankfurter Tag“ an einer richteter Stelle mitgeteilt, daß der Oberstleutnant, der im türkischen Generalstab die Stelle eines Ablieungschiefs einnimmt, lediglich aus Gesundheitsgründen auf drei Monate nach Deutschland beurlaubt ist und dann nach der Türkei zurückkehrt.

Vereinigte Staaten.

Die Panamaklausel. Washington, 19. Febr. Präsident Wilson hatte heute mit einer Anzahl hervorragender Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses eine Verteilung über die Aushebung der Klausel des Panamakanalgesetzes, durch welche amerikanische Küstenschiffe von den Kanalgebietsbefreiung befreit sind. Die Teilnehmer an der Besprechung, selbst diejenigen, welche seinerzeit für die Klausel gestimmt hatten, äußerten nach der Unterredung mit dem Präsidenten, die Klausel werde vermutlich aufgehoben, da die Rücksichten der auswärtigen Politik dies verlangten.

Mexiko.

Schaffung neutraler Zonen für die Freunde. New York, 19. Febr. Huerta hat für die bevorstehenden Kämpfe der Einrichtung einer neutralen Zone bei Tampico, wohin die Ausländer flüchten können, zugesagt. General Villa erklärte in einem Telephongespräch mit dem amerikanischen General Scott, daß er mit der Schaffung einer neutralen Zone für die Freunde und andere Kämpfer in Torreon einverstanden sei.

Mittelamerika.

Zwei Niederlagen der Rebellen auf Haiti. New York, 19. Febr. Nach einem Telegramm aus Kap-Haitien erlitten die Truppen des auffächtlichen Senators Theodore bei dem Grand River und bei Limbe zwei schwere Niederlagen. Der General der Insurgenten Paul ist gefallen. Die Insurgenten zogen sich nach Kap-Haitien zurück. Theodore will den Ort nicht aufgeben und errichtet Befestigungen.

Aufstieg.

In der Neuordnung des Verkehrs auf dem Flugplatz Johannisthal. Berlin, 19. Febr. Als verantwortlicher Flugleiter auf dem Flugplatz Johannisthal ist jetzt vom Deutschen Luftfahrtverband Mittelmeier a. D. Graf Kalman angestellt worden. Er hat bereits gestern nachmittag seinen Dienst aufgenommen. — Die Flugplatzgesellschaft hat gegen die vom Deutschen Luftfahrtverband ihr auferlegten Buschbestimmungen zur Platzordnung protestiert, da diese Bestimmungen unausführbar und geeignet seien, den Flugbetrieb auf das schwere zu gefährden, wenn nicht sogar zeitweise unmöglich zu machen.

Rettungsmedaillen an zwei tapfere Flieger. Dem Oberleutnant a. S. Bertram, Kommandanten S. M. Torpedobootsdivisionsschiff „D 4“, bisher von der Marinefliegerabteilung, wurde bekanntlich für die von ihm gelegentlich eines Überlandfluges von Döberitz nach Hennigsdorf, wobei infolge starken Windes die rechte Tragfläche des Flugzeuges abbrach, durch Klettern auf die linke Tragfläche und Auftauchen auf ihr bis zum Aufprall, unter erheblicher Lebensgefahr bewirkte Minderung der Gefahr für den Führer des Flugzeuges, Diplomingenieur Sablatnig, die Rettungsmedaille am Bande verliehen. Nunmehr hat auch der Kamerad des Oberleutnants Bertram auf seinem gefährlichen Fluge, der Führer des Flugzeuges, Diplomingenieur Sablatnig, für seine an denselben Tage unter erheblicher eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung des Oberleutnants vom Tode des Ertrinkens die Rettungsmedaille am Bande erhalten. Als das Flugzeug auf das Eis der gefrorenen Havel niedersetzte, geriet Oberleutnant Bertram unter das Eis und wäre unfehlbar verloren gewesen, wenn nicht Sablatnig ihn trotz der eigenen schweren Verletzungen und ohne Rücksicht auf die eigene Lebensgefahr herausgezogen hätte. Wäre es Sablatnigs hervorrangender Pilotenkunst nicht gelungen, die Maschine durch Wiedereinschalten des Motors im Sturz knapp über die Dächer hinweg 2 Meter von Ufer entfernt in die Havel zu werfen, so wären beiderettungslos verloren gewesen.

Ein Flug Petersburg-Befing? Peking, 20. Febr. Die russische Regierung hat dem französischen Aviatiker Janoir die Erlaubnis erteilt, einen Flug von Petersburg nach Befing zu unternehmen. Janoir, der mit der Organisation des russischen Militärflugwesens betraut worden ist, bestätigt, bei Beginn der Schneeschmelze, etwa Ende April, den Flug auszuführen. Er hofft, die Strecke von 11 000 Meilen in einem Monat zurückzulegen. Er wird den Flug ohne Passagier beginnen und einen russischen Kapitän von 80 PS zu benutzen.

Ein Tabel für Bedrines. Paris, 20. Febr. Der französische Aeroclub hielt gestern eine Sitzung ab, in der über die Stellungnahme des Klubs gegenüber der herausfordernden Haltung Bedrines beraten wurde. Obwohl hat man sich nicht entschieden können, Bedrines aus der Mitgliederliste zu streichen, doch hat man ihm einen offiziellen Tabel wegen seines Verhaltens in Kairo erteilt.

Herrenhaus.

§ Berlin, 19. Februar.

Um Minijetisch: v. Dallwitz, Dr. Sibow.

Präsident v. Webel-Biesdorf eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr und teilt mit, daß der Kaiser die Glückwünsche zu seinem Geburtstag gnädig entgegengenommen hat. Den Hinterbliebenen der Tochter „Achenbach“ ist die Teilnahme des Hauses ausgesprochen worden. Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes des Hauses Graf v. Negin wird in der üblichen Weise geehrt.

Den Verordnungen zur Bekämpfung der akuten spinalen Kinderlähmung in den Regierungsbezirken Hannover und Wiesbaden erliegt das Haus seine Zustimmung. — Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes, bez. Zuständigkeit der Reichsgerichte über die öffentliche Beglaubigung einer Unterschrift. — Der Gesetzentwurf wird nach Ausführungen des Oberbürgermeisters Wilm (Posen) und eines Regierungskommissars unverändert angenommen. — Der Gesetzentwurf, bez. Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungscontrollen, wird ebenfalls unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung der

Novelle zum Landesverwaltungsgesetz.

Verlegerstaatler v. Sibow-Solzenfelde referiert über die Verhandlungen der Kommission.

In der allgemeinen Beratung erklärt der Minister des Innern v. Dallwitz: Ein Gesetzentwurf wie der vorliegende ist in Resolutionen des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses verlangt worden. Dem Entwurf ist eine größere Beweglichkeit und Einheitlichkeit gegeben, insbesondere ist die Vereinfachung der Verhältnisse angestrebt worden.

An der Dreiteilung der Behördenorganisationen: Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte, ist festgehalten worden.

Statt des bisherigen Kollegialsystems ist das Bureauystem eingeführt worden. Dadurch wird eine stäffere Führung der Geschäfte der Regierungspräsidenten und Repräsentantenhauses eine gewährleistet. Durch die Einführung einer Kammer für Abgabesachen soll die Erledigung von Steueraufgaben beschleunigt werden. Es ist eine Gebühr für Abgabesachen geschaffen worden, es wäre aber zweckmäßiger gewesen, mehrere Steuerverwaltungsbehörden zu schaffen, wie wir sie bei den indirekten Steuern bereits haben. Wir sind für die Erziehung des Kolonialsystems durch das Bureauystem bedauern aber, daß durch diese Regelung die Schultechniker zurückgedrängt werden. Leider hat die Kommission den Vertretern der Schulbehörden im Kreis- und Bezirksausschuß das volle Stimmrecht entzogen. Sie sollen nur beratende Stimmen haben.

v. Dallwitz-Frieden: Unsere preußische Verwaltung kann trotz einzelner Mängel und veralteter Bestimmungen den Vergleich mit den Verwaltungen des Auslands und der anderen Bundesstaaten aushalten. Durch Anwendung der modernen Arbeits- und Verkehrsmethode könnten unsere Verwaltungen viel Arbeit und Zeit sparen. Wir würden es bedauern, wenn die Steuer- und Schulangelegenheiten der Einwirkung der Schulbehörde entzogen würden.

Bürgermeister Dr. Körte-Königsberg: Wir sind der Meinung, daß die Einführung einer Revisionsgrenze für Abgabesachen nicht zur Entlastung der Oberverwaltungsgerichte beitragen wird. Voraussetzung für die Revision der Verwaltung ist die Entlastung der Oberverwaltungsgerichte. Da die Vorlage eine solche Entlastung nicht bringt, so beantragen wir Zurückverweisung der Vorlage an die Kommission. In unserem Antrag empfehlen wir die Einführung eines besonderen Senats für Abgabesachen.

Oberbürgermeister Dr. Scholz-Charlottenburg: Die Entlastung der Oberverwaltungsgerichte ist dringend erforderlich, aber erforderlich ist auch,

daß bei der wichtigen Frage der Steuergesetzgebung der Rechtszug nicht verklammert wird.

Diesem Gesichtspunkt will unser Antrag Rechnung tragen. So sehr wir anerkennen, daß der Gesetzentwurf wesentliche Verbesserungen bringt, so wenig können wir zugeben, daß er eine endgültige Erledigung der Reform der inneren Verwaltung bringt.

Oberbürgermeister Dr. Oehler-Düsseldorf spricht ebenfalls für den Antrag Körte auf Zurückverweisung.

Graf v. Behr-Behrenhoff: Ich bin nur dann für eine neue Kommissionserörterung, wenn die Senats für Steueraufgaben beschlossen werden sollten. Ich hoffe aber, daß Sie diese Senats ablehnen werden. Ein Bedürfnis zur Schaffung einer neuen Instanz, wie sie der Antrag Körte will, kann ich nicht anerkennen. Es ist in keiner Weise nachgewiesen, daß die Entscheidungen der Bezirksausschüsse sich nicht bemüht hätten.

Oberbürgermeister Matting-Breslau: Unser Antrag richtet sich gegen den jetzigen Zustand,

daß die Entscheidungen des Bezirksausschusses meist endgültig sind.

Die Einführung des Vertreters des öffentlichen Interesses bestätigt die Bedenken nicht. Denn von ihm allein wird es dann abhängen, ob in einer grundsätzlichen Frage noch das Oberverwaltungsgericht entscheidet. Die Bezirksausschüsse haben gewiß ihre Schuldigkeit getan, so lange das Oberleitersinstanz zu machen, dagegen haben wir Bedenken. Körte wird der Senat für Abgabesachen nicht werden; denn er würde das Oberverwaltungsgericht weit mehr entlasten, als die Vorlage selbst vorstellt. Dazu kommt, daß ein Senat treten würde an Stelle von 27 Bezirksausschüssen.

Oberbürgermeister Dr. Körte-Königsberg befürwortet nochmals die Zurückverweisung an die Kommission.

Nach den weiteren Erklärungen des Landeshauptmanns Dr. v. Dallwitz-Potsdam und des Oberbürgermeisters Dr. Körte-Stettin schließt die Generaldebatte.

Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr; außerdem kleinere Vorlagen. — Schluß 6½ Uhr.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Regierungspräsident Dr. v. Meister weist seit dem 8. Februar nebst Gemahlin in Berlin, um an den staatsfeindlichen Hoffestlichkeiten teilzunehmen. Sein Berliner Aufenthalt steht, wie uns berichtet wird, in keinem Zusammenhang mit einer Erkrankung zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen.

— **Militärisches.** Oberst v. Hake, welcher längere Zeit lebte, hat die Führung des Jäger-Regiments v. Gersdorff gestern wieder übernommen.

— **Gewerbeförderungsausschuss.** Zur Konstituierung des Gewerbeförderungsausschusses war auf Freitag, den 27. d. M., nicht, wie gemeldet worden war, auf den 20., in das hiesige Regierungsschloss zu einer Sitzung eingeladen. Diese Sitzung ist, weil der Dezernent am 27. am Erscheinen gehindert wäre, auf den 6. März verlegt worden.

— **Moderne Haushaltung.** Über dieses interessante und zeitgemäße Thema sprach gestern abend auf Veranlassung des hiesigen Gewerbevereins Herr Dr. Frey, Revisionsbeamter am städtischen Elektrizitätswerk, in der Aula der Gewerbeschule vor gut besetztem Saal. Ausgehend von den ersten Erscheinungen auf dem Gebiet der elektrischen Beleuchtung, führte Redner auf der Leinwand die Entwicklung des Beleuchtungswesens vor. Aus dem reichen Schatz seiner Erfahrung wies er auf Beispiele nach, daß Architekt, Raumkünstler und Elektroinstallatoren hand in hand arbeiten müssen; ferner wies er auf die häufigen Fehler bei Installationen und auf die vielfach übel angebrachte Sparsamkeit bei Neuinstallations oder bei Umänderungen vorhandener Anlagen hin. Seine Erörterungen umfassen das gesamte hier in Betracht kommende Gebiet, insbesondere auch Lichtwirkung, Farbe, Flächenhelligkeit und die verschiedenen Arten der Beleuchtungsförper. Eine wirksame Unterstützung seiner Ausführungen boten abgesehen die von dem Vortragenden vorgeführten Beleuchtungsexperimente. Durch ein Instrument wies er gleichzeitig den Stromverbrauch der verschiedenen Beleuchtungsfärbelte, von der veralteten Glühlampe bis zur modernen Halbwattlampe nach. Die Vorführung hochlerziger Metallfadenlampen sowie der gebräuchlichen Heiz-, Koch-, Staubsaugapparate elektrischer Vierwärmere, Bodenbrenner und Zigarettenanzünder, elektrischer Bett- und Körperwärmere, zeigten, wie weitgehend dem modernen Kulturmenschen die Elektrizität sich dienstbar und nützlich macht. Der Redner stand am Schluß seines Vortrags reichlich und wohlverdienten Beifall seitens seiner zahlreichen Zuhörer.

— **Warnung.** Ein junges Mädchen mit hellem Mantel treibt hier sein Unwesen. Es geht zu Leuten und bittet für eine Frau in der Rauenthaler Straße um kleine Geldbeträge, da bei der selben der Gerichtsvollzieher sei und die Steuern einzahlen wolle. Sie schüttelt vor, daß der betreffende Frau noch die kleine, von ihr geforderte Summe an dem Steuerberatung fehle. In zwei Fällen wurde Verdacht geschöpft, und als man ihr sagte, daß sie einen Moment warten möge, weil die um den Betrag angegangene Person selbst mitgehen wolle, war das Mädchen verschwunden. Man glaubt, daß sie an anderen Stellen noch denselben Trick versucht, und deshalb sei vor ihr gewarnt.

— **Die städtischen Holzversteigerungen** geben für dieses Jahr ihrem Ende entgegen. Abgesehen von einer finden größere Versteigerungen nicht mehr statt. Bei einer Stammholzversteigerung am 17. d. M. am Schlosserhof wurde ein Gesamterlös von 3000 M. erzielt. Es handelte sich dabei um 200 Kettmeter Buchen- und Eichenholz. Im einzelnen wurde soviel für geringeres Buchenstammholz 16 M. pro Kettmeter, für besseres 26 bis 32 M.; für geringeres Eichenholz 20 M., für besseres bis 54 M.

— **Preußische Klassenlotterie.** Zur 3. Klasse der 4. Preußischen Süddisziplinen (230. Königl. Preußischen) Klassenlotterie liegen Lose gegen Vorzeigung der Vorklassenlotterie vom 21. Februar ab zur Entlöschung bereit. Dieselbe hat bis spätestens zum 1. März zu erfolgen. Die Auszahlung der Gewinne 2. Klasse findet vom 23. Februar ab statt. Am 13. März beginnt die Beziehung der 3. Klasse, in der 10.000 Gewinne im Betrag von 2.277.107 M. darunter zwei Hauptgewinne zu je 70.000 M. gezogen werden.

— **Unfall.** Als gestern vormittag ein Dörsheimer Fuhrunternehmer auf einem Biegeleigrußt an der Waldstraße Lehnhof anfahren wollte, kam eines der Pferde etwas von dem festgefahrenen Weg ab und versank darin in dem Lehmboden, daß es weder vorwärts noch rückwärts konnte. Erst nach einer einstündigen Arbeit gelang es unter Vorspann zweier anderer Pferde, das Tier wieder auf festen Boden zu bringen.

— **Personal-Nachrichten.** Regierungsschreiber J. immermann in Wiesbaden ist der Sohn älter als Rechnungsrat verliehen worden. — Die Telegraphengesellschaft Dr. Hofmann ist freiwillig ausgeschieden.

— **Alte Notizen.** Die Nr. 8 der „Anstellungs-Nachrichten“ liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblatts“ zur unentbehrlichen Einsicht offen. — Herr von Konarski ist Mitglied des Gesamtvorstandes des Deutschen Schriftstellerverbandes, nicht seine Frau. — Die bekannte Telefonnummer der Würzburger Neuen Nachrichten gelangt am Samstag zu 6 die Buchhandlung von Moritz u. Riegel, Wilhelmstraße 58, zur Ausgabe. — Das am Samstag, den 1. März, von der Damen-Frisierfachschule der Domänenfriseure Wiesbadens veranstaltete nationale Preisstrafeen dürfte einen besonders lebhaften Besuch zu erwarten haben, wie aus den bisher eingeläuteten Anmeldungen hervorgeht. — Der Buchhändler Wilhelm Frank, Scherzerstraße 21 a erfuhr uns, festzustellen, daß er mit dem Kaufmann Frank aus Wiesbaden, der wegen Diebstahls eines Rings in Frankfurt a. M. verhaftet wurde, nicht identisch ist. — Die Münchner Rassen-Redoute des Karnevalvereins „Karneval“ findet am Rosenmontag, den 23. Februar, abends 8 Uhr 11 Min., im Theaterfoyer der Bühne statt.

Dorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— **Königliche Schauspiele.** Infolge Entzündung des Brustseins der Brust und hat in der heutigen Vorstellung „Der betwandelte Komödiant“ Frau Beierth die Rolle des Hoffräuleins und in „Der Diener zweier Herren“ Frau Scherzer am Ritter und die Rolle der Rosaura übernommen. Die Aufführung der Abonnementstribünen für die nächste Woche ist folgende: Sonntag A, Montag D, Dienstag B, Mittwoch A, Donnerstag C, Freitag B, Samstag D, Sonntag B, Montag C.

— **Vortrag.** Heute Freitag und morgen Samstag, je abends 8½ Uhr, wird Rektorat Altbüchsen aus Berlin im Saale des Konzertatoriums, Steinstraße 64, bei freiem Eintritt zwei Vorträge über „Judaica unbeliebte Bestiäten“ halten.

Nassauische Nachrichten.

Ein Nachrath.

— Dies, 10. Februar. Der bei der hiesigen Elektrofirma Hinderthür beschäftigte Obermonteur Ernst Vogts erhielt bei einer Schlägerei in Dinsburg verschiedene Stiche in die Brust, den Rücken, den Hals und den Kopf. Schwer verletzt wurde er in das St. Vincent-Hospital geschafft. Es handelt sich hier um einen Nachrath. Vogts war bis vor kurzem als Bauleiter der U. G. G. (Von der Überlandzentrale) beschäftigt und hatte eine Kolonne Arbeiter unter sich, von denen er einen Teil entlassen mußte. Aus Nachrath darüber überfielen diese ihn am Sonntagabend und rüttelten ihn so unmenschlich zu. Sein Zustand ist sehr bedenklich.

k. Höchst a. M. 19. Februar. Die Stadtverordneten beschlossen, die Lehrpersonen am Gymnasium und am Lyzeum, die ständig angezeigt sind, gleich den an der Volksschule Angestellten, von der Krankenversicherungspflicht zu befreien. Die nur vorübergehend beschäftigten Lehrpersonen sollen dagegen verpflichtet werden. Gemäß dem früheren Beschluss, wo nach 25 Prozent der an der Volksschule nötigen Lehrpersonen Lehrerinnen sein sollen, wurde beschlossen, die durch den Tod des Lehrers Diehl freigewordene evangelische Lehrstelle mit einer Lehrerin zu besetzen. In nächster Zukunft wird über Gehaltszurhöhungen der Lehrer und Lehrerinnen am Lyzeum beraten.

— Wiesbaden, 19. Februar. Die Stadtverordneten lehnten den Antrag des Justizfiskus, für den verabschiedeten Amisgerichtsneubau außer einem Zuschuß von 4000 M. alle Steuern, Kanalgebühren, Wassergelder usw. zu übernehmen, mit einer Stimme Mehrheit ab. In der Bürgerschaft will man nun die vom Stadtparlament abgelehnte Summe durch freiwillige Beiträge aufbringen.

— Griesheim a. M. 20. Februar. Der Reisende Heinrich Friedtich, der bei einer Frankfurter Firma angestellt war, hat dieser 3000 M. Kundengelder untergeschlagen und ist flüchtig.

Gerichtsaal.

Die Mielzynski-Tragödie vor dem Schwurgericht.

Melsheim, 20. Februar. (Vig. Drahtbericht) Der Prozeß gegen den Grafen Mielzynski nahm heute seinen Anfang. Um 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Confinius, die Sitzung und gab den Befehl, den Angeklagten hereinzuführen. Unter lautlosem Spannung tritt Graf Mielzynski, von einem Gefangenbeamten und seinem Hausarzt, der ihn führt, begleitet, ein. Der Hausharzt nimmt auf der Anklagebank neben seinem Schützling Platz. Graf Mielzynski hat ein spitzes Gesicht, das eine helle Röte zeigt. Mit märriger Stimme antwortet er auf die Fragen des Vorsitzenden und setzt sich dann sehr angegriffen auf seinen Stuhl. Er stützt den Kopf mit den Händen und fährt ab und zu wie verzweifelt mit den Fingern durch das Haar. Es werden die Zeugen aufgerufen, als erste Dr. Koschorowska, eine der Hauptzeuginnen, die bei der Tat zugegen war. Sie war seit einigen Jahren die Gejellschafterin der Gräfin gewesen. Ferner befanden sich unter den Zeugen zwei Kammerdiener, ein Kutscher, Reibjäger, Gärtnerei und Chauffeur. In dem auf Totschlag lautenden Eröffnungsbeschluß heißt es, daß der Angeklagte bei der Tat von seiner Frau und seinem Neffen durch eine Beleidigung zum Zorn gereizt und dadurch auf der Stelle zu seiner Tat bingerissen worden ist. Die Öffentlichkeit wird während der ganzen Dauer der Verhandlung in vollem Umfang ausgeschlossen wegen Gefährdung der Sittlichkeit. Wie die „B. B.“ hört, schlägt der Graf Mielzynski bei seiner weiteren persönlichen Vernehmung seine Ehe mit der Getöteten Felicia Mielzynski als ein wahres Märtyrium. Es kam häufig zwischen beiden Cheleuten, die von Grund aus verschieden veranlagt waren, zu ernsten Verwirrungen. Der Graf erhielt handgreifliche Beweise dafür, daß es seine Gattin mit der ehemaligen Treue nicht genügt habe. Trotzdem kam es wegen der Kinder wieder zur Aussöhnung. In der letzten Nacht will der Graf nach dem gemeinsamen Souper sich zu Bett begeben haben. Er ist dann erwacht und hat einen Lichtschein bemerkt. Er glaubte, es sei ein Einbrecher im Hause und nahm die Flinte, die er mit zwei Patronen lud. Wie der Graf weiter erklärt, ist er, als er die Stimme eines Mannes aus dem Schlafzimmer seiner Frau hörte, in eine blitzartige Erregung geraten, so daß er wie betäubt war; seiner Stimme nicht mehr mächtig, idoß er auf die aus dem Schlafzimmer heraustretende, nur schwach durch die Taschenlampe beleuchtete Gestalt.

— **Gefährlicher Arzneimittelhandel.** Der Drogist Jünke hatte sich vor dem Wiesbadener Schöffengericht auf die Anklage zu verantworten, Arzneimittel und Güter, deren Abgabe nur den Apotheken erlaubt ist, verkauf zu haben. Der Sachverständige Apotheker Dr. Stephan berichtete über die bei J. vorgenommene Haussuchung und die beschlagnahmten Arzneimittel. Leichtere wurden an einem der Nebenräumen nicht zugänglichen Ort, dem Kastett, aufbewahrt. Unzählig Arzneimittel sowie giftige, welche nicht vorschriftsmäßig bezeichnet waren, befanden sich durchmischend an dem Aufbewahrungsplatz. Aus den beschlagnahmten Beferscheinen ging hervor, daß der Angeklagte sehr zahlreiche Arzneimittel verfolgt hatte, die teilweise starkwirksende, bzw. giftige Eigenschaften haben, wie Morphin, Codein, Digalen, Phosporus usw., und nur auf ärztliches Rezept in den Apotheken abgegeben werden dürfen. Der Kreisarzt Dr. Pils bezeichnete diesen ungelegischen Arzneimittelhandel als geradezu gemeingefährlich und führte aus, daß zweifellos zahlreiche Körperbeschädigungen, ja, sogar Todessäße daraus zurückschließen, daß starkwirksende Arzneimittel ohne weiteres in Drogen verabfolgt werden seien; nur in seltenen Fällen würde jedoch die Ursache der plötzlichen schweren Erkrankung bekannt, da die Leute, welche derartige Mittel für andere aus Drogen besorgt hätten, sich selbst verantwortlich, ja sogar strafbar machen. Der Amtsgericht beantragte 120 M. Geldstrafe, das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte J. zu 300 M. Geldstrafe.

— 20. Zeugen aus dem Beuthener Mädelchenbändlerprozeß verhaftet. Rottowith, 19. Februar. Ein großer Teil der im Beuthener Mädelchenbändlerprozeß vernommene zuflüsse in Entlastungsgesetzen ist gestern abend auf dem Bahnhof Sosnowice durch die russische Polizei verhaftet worden. Es handelt sich um 20 Personen, die als Unteragenten Lubelski tätig waren und Auswanderer über die russische Grenze schmuggelten. Der Verhandlung gegen Lubelski hatte ein Vertreter der russischen Regierung beigewohnt, der die Verhaftung der Leute anordnete.

— 20. Zeugen aus dem Beuthener Mädelchenbändlerprozeß verhaftet. Rottowith, 19. Februar. Ein großer Teil der im Beuthener Mädelchenbändlerprozeß vernommene zuflüsse in Entlastungsgesetzen ist gestern abend auf dem Bahnhof Sosnowice durch die russische Polizei verhaftet worden. Es handelt sich um 20 Personen, die als Unteragenten Lubelski tätig waren und Auswanderer über die russische Grenze schmuggelten. Der Verhandlung gegen Lubelski hatte ein Vertreter der russischen Regierung beigewohnt, der die Verhaftung der Leute anordnete.

wb. Ein siebzehnjähriger Landesverräter. Leipzig, 19. Februar. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafgericht begann heute vormittag die Verhandlung gegen den 17jährigen Kaufmannslehrling Bernhard Schnieler und den 27jährigen Kaufmann Heinrich Kohler, beide aus Köln. Sieben Zeugen und drei Sachverständige waren erschienen. Schnieler, der seit Oktober 1912 bei der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A. G. in Köln tätig war, hatte sich eine Anzahl Schriftstücke angeeignet, die er dem französischen Nachrichtenbüro in der Abteilung Landesverrat zu übermitteln. Kohler, ein Freund Schnielers, soll sich trotzbar gemacht haben, daß er von dem geplanten Verbrechen Schnieler der Behörde keine Kenntnis gab. Die Öffentlichkeit ist

während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Schnieler wurde zu 5 Jahren Gefängnis und Kohler wegen strafbarer Unterlassung der Anzeige zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil scheint in Anbetracht der großen Jugend des Hauptangeklagten außerordentlich hart.

ht. Misshandlung auf der Polizeiwache Benthen, 20. Februar. Das hiesige Schwurgericht verhandelte gestern gegen die beiden Polizeibeamten Kuholt und Wegehaupt, die am 25. August v. J. auf der Polizeiwache den Arzisten Greb arg misshandelt und ihm einen Stich in den Rücken gebracht hatten, der den Tod zur Folge hatte. Die Angeklagten wurden zu 8, bzw. 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Sport und Spiel.

Rhein- und Taunusclub Wiesbaden, E. B. Am Sonntag, den 22. d. M., findet eine Cammer für Konzertierung statt. Abfahrt 11 Uhr 45 Min. mit Sonntagsfahrtkarte nach Rüdesheim, von dort auf bekannten Wegen nach dem Kammerforst. Ankunft dort 8½ Uhr. Das Forsthaus Kammerforst liegt 460 Meter auf einer Waldwiese am Südhang des Jägerhorns. Prächtige freie Aussicht zum Jägerhorn und auf die Höhen der Wipper und das hochgelegene Ransel. Für Kaffee und Abendessen ist gesorgt. Führer die Herren J. Gottschal und Karl R. Schiemann.

sr. Riviera-Lauftennissaison. Im internationalem Lauftennisturnier zu Beaulieu wurden jetzt die Schlußrunden gespielt. Im Herren-Einzelspiel siegte J. A. Wilding über Dr. Lowe 6—2, 6—2, 6—3, im Herren-Doppelspiel schlugen A. J. Wilding-Craig Biddle mit 6—2, 6—2, 6—2, C. O. Allen. Im Damen-Einzelspiel siegte Miss Trip über Miss Ryan, im gemischten Doppelspiel J. A. Lowe-Miss Trip 6—1, 7—5 über Wallis Myers-Fr. Lenglen.

sr. Die Engadiner St. Rennen, die in St. Moritz unter großer internationaler Beteiligung vor sich gingen, brachten dem diesjährigen Meister der Schweiz Ilblio (Norwegen) einen neuen großen Erfolg. Der Norweger siegte im Gesamtklassement gegen den früheren mehrfachen Meister Simonsen (St. Moritz).

Neues aus aller Welt.

Postverdächtige Ratten an Bord. Aden, 20. Februar. Der Postdampfer „Salsette“, der die Post zwischen Bombay und Aden befördert, traf gestern im hiesigen Hafen ein. Das Schiff mußte bald darauf den Hafen wieder verlassen, ohne die Post an Bord genommen zu haben, da man auf dem Schiff postverdächtige Ratten bemerkte.

Eine alte Berliner Stadtmühle niedergebrannt. Berlin, 20. Februar. Die über 100 Jahre alte Stadtmühle in der Breitenstraße im Ortsteil Wedding ist heute nachts auf die Grundmauern niedergebrannt.

Heuer in einem Ries. Berlin, 19. Februar. In den Helios-Festspielen in der Friedrichstraße geht während der Vorstellung ein Film in Band. Es entwölften sich ungeheure Menschenmassen. Der Operateur und der Künstler von den obenmächtig. Der Künstler und der Künstler von den Bühnen auf, das Theater ruhig zu verlassen, was in aller Öffentlichkeit geschieht. Der Feuerwehr gelang es, den Band alsbald zu lösen.

Schwere Baumfälle. Berlin, 20. Februar. Durch den Einsturz einer Böschung ist in der Nähe des zukünftigen Bahnhofs Wittenberg zwei Arbeiter schwer verletzt. Beide hielten zwei Bögen mit Beton, der zur Befestigung der Böschung dienen sollte, über die v. obstruktiv angelegte Brüste zu liegen. Als sie mit einer Böse zurückfuhren, brach die auf Bögen ruhende Brücke in sich zusammen und die beiden Arbeiter fielen drei Stockwerke tiefer hinunter. — Auch bei den Arbeiten des Weidendammer Brücke ereignete sich gestern ein schwerer Unfall. Als sechs Arbeiter mit der Auffahrung eines Böschungsbalkens feststanden, stürzte einer unter sich, der infolge eines Schädelbruches starb.

Schwarze Posten. Breslau, 19. Februar. Im Allerheiligentags-Hospital wurde ein Fall von Schwarzer Posten festgestellt. Das Personal und die Patienten wurden, soweit es ihr Zustand zuließ, geimpft.

Aus dem vierten Stockwerk einer Kaserne auf die Straße gesprungen. Breslau, 19. Februar. Heute morgen sprang ein Soldat aus dem vierten Stockwerk der Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 11 am Stadtkai auf die Straße, wo er bewußtlos liegen blieb. Der Sanitäter versetzte ihn in ein schweres Unfall. Als sechs Arbeiter mit der Auffahrung eines Böschungsbalkens feststanden, stürzte einer unter sich, der infolge eines Schädelbruches starb.

Auf der Seeterrasse ertrunken. Tunis, 20. Februar. Der Graf Anton v. Ganau, der Sohn des französischen Generals v. Ganau, ist gestern bei einer Unterhaltung auf dem Yachtclub in der Nähe von Sidi Bou Said ertrunken. Der Yachtclub ist ein sehr schönes Gebäude aus dem British-Museum in London gestohlen. Man hat die Türe geöffnet, um die Unterkünfte zu erkunden. Es gelang, den Sanitäter anzufliegen, der sich noch am Leben zu erhalten hatte, zu verhören und ihm eins der gestohlenen Bilder abzunehmen. Bis verlautet, daß der Sanitäter noch mehrere Komplizen, denen man auf der Straße ist.

Nord oder Selbstmord? Paris, 19. Februar. Aus der Seine wurde heute vormittag die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes gezogen, in dessen Kleidern auf den Namen Anton Brüll aus Badische (Schw.) lautende Papiere gefunden wurden. Die Leiche trug am Halse zwei von den Sicherheitsdiensten verhüllende Bünden, welche mit einem Bande befestigt waren.

Auf der Seeterrasse ertrunken. Tunis, 20. Februar. Der Graf Anton v. Ganau, der Sohn des französischen Generals v. Ganau, ist gestern bei einer Unterhaltung auf dem Yachtclub in der Nähe von Sidi Bou Said ertrunken. Aus unerklärlichen Gründen sprang das Seeschiff in dem sich der Graf befand, plötzlich um. Eine Stunde lang hielt sich v. Ganau am Boot fest, bis ihn schließlich seine Käste verliehen. Er verschwand in den Wellen, kurz bevor die Rettungsboote in Sicht kamen.

Ein Wald durch Brandstiftung vernichtet. Madrid, 19. Februar. Eine helle Feuerbrunst vernichtete heute morgen in der Nähe von Pamplona einen Wald von 50.000 Tannen. Die Bofaci hat 26 Personen als der Brandstiftung verdächtig verhaftet.

Ein Straßensturz in England. London, 19. Februar. An der Hol

Der kaiserliche Hofzug in Gefahr.

Berlin, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Dem Buge, mit dem der Kaiser von Berlin nach Karlsruhe fuhr, hätte leicht ein Unglück zustoßen können. In Genthin mußte der Zug einen unerwarteten Aufenthalt nehmen. Der Weichensteller an der Königsstraße hatte das Signal anstatt auf „Durchfahrt“ auf „Halt“ gestellt. Ein Versehen kommt selten allein, so auch hier, der Hofzug überfuhr das Haltssignal um circa 80 bis 100 Meter. Bevor das Blocksignal wieder gelöst war, vergingen 10 bis 12 Minuten. Da die Strecke vollkommen frei war, ist glücklicherweise kein Unglück geschehen.

Statthalter Graf Wedel wieder in Berlin.

wb. Berlin, 20. Febr. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen Graf v. Wedel ist heute morgen aus Straßburg i. E. auf dem Bahnhof Friedrichstraße eingetroffen.

Zu dem Fall Jagow.

Berlin, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Von zuständiger Stelle werden wir zu der Erklärung ermächtigt, daß der Polizeipräsident v. Jagow niemals einem Richter ins Gesicht geschlagen, noch irgendwie tatsächlich angegriffen habe und natürlich auch niemals mit Gesangniß bestraft worden sei. Die Angaben des Abgeordneten Liebknecht in der gestrigen Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses müßten auf einem Irrtum beruhen. Insbesondere sei auch die Behauptung, daß die Angelegenheit schon früher einmal von einem Abgeordneten der Rechten angegriffen worden sei, falsch. Die Geschichte wurde zuerst vor etwa drei Jahren von dem Herausgeber des „Pan“ erzählt, schon damals aber für unrichtig erklärt.

Die Förderung des Kleinwohnungsbaus durch das Reich.

Berlin, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Ein vom Bundesrat in der gestrigen Sitzung angenommener Gesetzentwurf ermächtigt den Reichsfiskus, Bürgschaften bis zur Höhe von 25 Millionen zu übernehmen für Hypothekendarlehen, die von anderer Seite an gemeinnützige Unternehmungen gewährt werden, damit für Arbeiter und geringbesoldete Reichsbeamte geeignete Kleinwohnungen erbaut werden. Die Bürgschaft des Reiches ist an die Bedingung geknüpft, daß die Hypotheken wenigstens 10 Jahre unkündbar sind, daß für das vom Reich verbürgte Darlehen sowie für ein etwaiges Prioritätsdarlehen jährlich mindestens 1/2 Prozent Tilgung vorgesehen wird und daß zur Deckung der vom Reichsfiskus übernommenen Verpflichtung vom Staatsjahr 1915 ab eine angemessene Sicherheit bereitgestellt wird. Das Bürgschaftsdarlehen soll in der Regel 90 Prozent nicht übersteigen, kann jedoch ausnahmsweise bis zum vollen Betrage der Selbstkosten des Baues gewährt werden. Die Bürgschaft soll grundsätzlich nur Hypotheken zur zweiten Stelle gewährt werden unter der Bedingung, daß, wie angegeben, auch das erste Darlehen den Vorschriften unterworfen wird.

Handelsteil.

Berliner Börse.

Berlin, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Börse machte heute in den ersten Stunden einen recht lustlosen, müden Eindruck. Die Spekulation führte mit Gläsern zum Ultimo fort. Anregungen, die den Verkehr günstig hätten beeinflussen können, lagen nicht vor. Die Kurse setzten mit wenig Ausnahmen mit mäßigen Abschwächungen ein. Die rückläufige Kursbewegung erholt sich im allgemeinen auch im weiteren Verlaufe. Von Montanwerten waren nur Gelsenkirchen 1 Proz. niedriger. Canada verlor 1 Proz. Auch Sproz. Reichsanleihen stellten sich im Kurse niedriger. Schiffsaaktien waren ziemlich gut behauptet, besonders Hansa, in Nachwirkung des Abschlusses, dessen Einzelheiten eine günstige Beurteilung erfahren. Orenstein und Koppe gewannen 3 Proz. auf die günstigen Abschlußferrern und Gerüchte von einem großen südamerikanischen Auftrag. Täglicher Geld 3 1/2 bis 3 Proz. Ultimogeld war zu 4 Proz. erhältlich. Sätze der Seehandlung unverändert. Privatdiskont 3 Proz. (wie gestern).

Frankfurter Börse.

= Frankfurt a. M., 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Börse setzte mit unregelmäßiger Tendenz ein. Die Geschäftstätigkeit war auf einzelnen Gebieten lebhafter. Die New Yorker Börse brachte zwar nur geringe Anregung, bei aber einer festere Haltung durchblicken, was etwas anregend für amerikanische Bahnen wirkte. Einige beeinflußt wurde die Stimmung durch den Rückgang der Verkehrseinnahmen bei den deutschen Bahnen. Was die Einzelheiten der verschiedenen Märkte betrifft, so zeigten Transportwerte ein ruhiges Aussehen. Von Schiffsaaktien waren Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika auf Realisationen schwächer. In Bankaktien ließ das Kursspiel nur geringe Veränderungen erkennen. Die Spekulation nahm eine reservierte Haltung ein, im Hinblick auf die zu erwartenden Jahresabschlüsse der Großbanken. Die Umsätze sind beobachtet. Von Elektrowerten waren Schantung und Edison schwächer. Am Montanmarkt war die Tendenz geteilt. Phoenix und Gelsenkirchen wurden etwas abgegeben. Bei festiger Tendenz sind Harpener und Bochumer hervorzuheben. Die neue 4proz. preußische Schatzanweisungsanleihe war auch heute wieder rege gehandelt, während die übrigen heimischen Fonds ein ruhiges Geschäft aufwiesen. Am Kassamarkt für Dividendenwerke war die Haltung ziemlich fest. Der Schlud der Börse war ruhig. Montanaktien zeigten ein besseres Aussehen. Privatdiskont 3 1/2 Proz. (wie gestern).

Banken und Geldmarkt.

* Deutsche Reichsbank. Die an der Berliner Börse verbreiteten Gerüchte, daß für die nächste Zeit auf neue Erhöhung des amtlichen Wechselzinsfußes der Reichsbank zu rechnen sei, wurden aus den Kreisen der Leitung der Reichsbank dementiert. Nach einem jetzt vorliegenden Zwischenausweis vom 17. d. M. (einschließlich) hat der Metallbestand der Reichsbank seit dem 14. d. M. um 27 000 000 M. zugenommen (um 14 000 000 M. in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs). Die Anlagen verminderen sich um 17 000 000 M. (um 2 000 000 M.). Die Einlagen auf der Giro-Rechnung nahmen dagegen um 87 000 000 M. zu (um 25 000 000 M.). Der Betrag der nicht bar gedeckten, umlaufenden Noten stellte sich am 17. d. M. auf nur 9 000 000 M. (gegen 468 000 000 M. zur entsprechenden Zeit des Vorjahrs), so daß die Reichsbank um

Der Prinz zu Wied in Neuwied zurück.

wb. Neuwied, 20. Febr. Prinz Wilhelm zu Wied ist heute vormittag 9 Uhr 35 Min. begleitet von seinem Privatsekretär, Hauptmann Armstrong, von Paris aus auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Zum Empfang hatte sich eingefunden: Prinzessin Wilhelm und Prinz Viktor zu Wied. Der Prinz begab sich sofort im Auto zum Schloß. Bei seinem Eintreffen wurde der Prinz von einem zahlreichen Publikum lebhaft begrüßt. — Die albanische Abordnung trifft morgen 12 Uhr 36 Min. mittags hier ein.

Aus der Tresdowschen Ehebruchsfabrik.

Berlin, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Aus der Tresdowschen Ehebruchsfabrik berichtet heute die „B.B.“ noch einiges über die in der gestrigen Reichstagsitzung von dem Zentrum abgeordneten Peiffer erzählten Fälle. Das Blatt schreibt: Im vorigen Jahre starzte in den Dolomiten bei einer Bergpartie ein Fabrikant Dr. A. aus Wiesbaden ab und blieb tot liegen. Die Mutter des Fabrikanten, die ihrer Schwiegertochter die Kinder wegnehmen und sie von der Erbshaft ausschließen wollte, wandte sich an Tresdow, der damals schon Privatdetektiv war, mit dem Auftrage, nähere Ermittlungen über den Tod ihres Sohnes anzustellen. Tresdow fuhr an den Karersee und entfaltete dort eine Tätigkeit genau nach dem Rezept im Falle Hamm. Er entdeckte mit einem Male, daß das Eheleben des Fabrikanten A. unglücklich gewesen sei und daß wahrscheinlich die Frau den Mann hinuntergestürzt habe, um einen Freund, einen Herrn v. O. aus Berlin, heiraten zu können. Dieser Freund habe wahrscheinlich Beihilfe geleistet. Er suchte Zeugen, die er reichlich mit Wein und mit Geld regalierte und arbeitete schließlich ein Gutachten aus, indem er behauptete, die Frau habe ihren Mann ermordet und ihr Freund habe ihr Beihilfe geleistet. Zu ihrem Glück konnte die Frau ihre Unschuld nachweisen und auch Herr v. O. konnte dadurch, daß er sein Eisenbahnbillet von der Bahnverwaltung wiederverlangte, den Nachweis erbringen, daß er erst zwei Tage nach dem Unglücksfall von Berlin nach den Dolomiten abgereist war. Nachher stellte sich heraus, daß von Tresdow für seine Beweishungen, einen Mord zu konstruieren, von der Mutter des Fabrikanten nach und nach ein Honorar von 125 000 M. erhalten hat. Seine Tätigkeit in diesem Falle hat dazu geführt, daß gegen v. Tresdow ein Verfahren wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung eingeleitet worden ist, das jetzt beim Landgericht in Wiesbaden schwelt.

Eine Kapitalzuwachssteuer in Frankreich.

wb. Paris, 20. Febr. Der Kammerausschuß für Steueraffären beschloß bei der Beratung der geplanten Kapitalsteuer auch eine besondere Kapitalzuwachssteuer einzuführen, welche die 10 000 Franken übersteigenden Kapitalszunahmen treffen soll. Die Steuer, die ein

450 000 000 M. günstiger dasteht als vor einem Jahre. Die günstige Entwicklung beruht zum großen Teile auf starker Zunahme der fremden Gelder, was wiederum mit den Einzahlungen auf die neuen Anleihen in Zusammenhang zu bringen ist.

w. Ungarische Allgemeine Sparkasse, Budapest, 19. Febr. In der heutigen Direktionsitzung der Ungarischen Allgemeinen Sparkasse, A.-G., wurde die vorjährige Bilanz festgestellt, welche mit 8 161 320 Kronen Brutto nach Abzug von 4,7 Millionen für Zinsen, Spesen und Steuern mit einem Reingewinn von 3 458 662 Kronen abschließt, was einer 10,79proz. Verzinsung entspricht. Das Resultat ist mit 221 146 Kronen günstiger als im Vorjahr. Die Direktion beschloß, der demnächst einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, eine Dividende von 37 Kronen, gleich 7,40 Proz. zu verteilen, auf die Gründungsscheine 33 Kronen auszuzahlen, den Reservefonds mit 500 000 Kronen (350 000 Kronen) zu dotieren, wodurch dieser eine Höhe von 7 Millionen erreicht, und 208 974 Kronen auf neue Rechnung vorzutragen.

w. Ungarische Bank und Handels-A.-G., Budapest, 19. Febr. Die heutige Direktionsitzung der Ungarischen Bank und Handels-A.-G. setzte die Bilanz fest, welche mit einem Reingewinn von 7 584 357 Kronen abschließt. Die Direktion wird der demnächst einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer 9proz. Dividende, gleich 36 Kronen, per Aktie und die Erhöhung des Reservefonds auf 39 Millionen vorschlagen. Auf neue Rechnung werden 822 008 Kronen vorgetragen.

w. Internationale Bank, Luxemburg, Köln, 19. Febr. In der heutigen Sitzung der Internationalen Bank in Luxemburg wurde ein Übereinkommen mit der Firma Gebrüder Röhring in Saarbrücken geschlossen, nach welchem die Firma Gebrüder Röhring die Saarbrücker Filiale der Internationalen Bank in Luxemburg mit Aktiven und Passiven am 1. April 1914 übernehmen wird.

* Bayerische Handelsbank, München, Wie uns mitgeteilt wird, weist die Bilanz der Bank per 31. Dezember 1913 einschließlich des Vortrags von 259 939 M. einen Gewinn von 5 205 884 M. aus (gegen 4 422 977 M. i. V.). Der am 27. März abzuholende Generalversammlung wird die Verleihung einer Dividende von 8,06 Proz. wie für die vorausgegangenen 18 Jahre, vorgeschlagen werden.

* Wiener Bankverein. Die auch bei dieser österreichischen Großbank bevorstehende Erhöhung des Aktienkapitals wird dem Unternehmen nach 20 Mill. Kr. betragen, so daß das Aktienkapital auf 150 Mill. Kr. anwächst.

* Der Barmer Bankverein, Hinsberg, Fischer u. Co. in Barmen, verteilt aus einem Reingewinn von 6 927 400 M. (8 543 675 M. u. a. 6,5% Proz. Dividende auf 92 499 400 M. i. V. 6,5% Proz. auf 88 750 000 M.) Aktienkapital. Die Einnahmen brachten aus Zinsen einschließlich der Ertragszinsen der Kommandite 7 200 968 M. (6 842 371 M.) Provisionen 4 486 031 Mark (4 278 192 M.) und Effekten 218 804 M. (0).

* Mitteldeutsche Privatbank, A.-G., Magdeburg. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, der auf den 25. März 1914 einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Proz. (wie in den letzten sieben Jahren) in Vorschlag zu bringen. Der Bruttogewinn beläuft sich auf 10 011 948 M. (7 742 197 M.) nach Abzug der Gehälter, Beamtenversicherung, sämtliche Geschäftskosten, kontraktlichen Tantiemen usw. verbleibt ein Reingewinn von 4 561 016 M. (4 517 366 M.).

w. Diskontierung in der Schweiz, Zürich, 19. Febr. Die Nationalbank hat den Diskont von 4 auf 3 1/2 Proz. herabgesetzt.

für allemal zur Zeit der Feststellung des Summches bezahlt werden würde, soll 1 Prozent für die Zunahme bis zu 100 000 Franken und bis zu 5 Prozent für die Zunahme für mehr als eine Million Franken betragen. Keine Beurlaubungen französischer Soldaten wegen der Epidemien.

wb. Paris, 20. Febr. Mehreren Blättern zufolge beschloß das Kriegsministerium, daß wegen des Gesundheitszustandes in der Armee diesmal nur eine ganz geringe Anzahl von Frühjahrsumrläufen gewährt werden sollen, um die Soldaten keiner Reiseanstrengung auszuladen und gleichzeitig die Verbreitung von Krankheitserreignen hinzuhalten.

Zusammenbruch einer deutschen Operngesellschaft in Amerika.

xx New York, 20. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die in Denver gastierende Operngesellschaft, bei der Leo Slezak als Hauptkraft wirkt, ist zusammengebrochen. Slezak hat sofort die Heimreise nach Europa angetreten.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

20. Februar, 8 Uhr vormittags.

1= sehr leicht, 2= leicht, 3= schwach, 4= aus g., 5= frisch, 6= stark, 7= sehr stark, 8= sturm, 9= sturm, 10= starker Sturm.

Beobachtungs-Station	Barom.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Beobachtungs-Station	Barom.	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Hamburg	749,5	W 3	bed. ekt.		Aberdeen	748,5	S 5	wiekg + 9	
Swinemünde	749,1	SW 5	+		Paris	746,2	WSW	wiekg - 1	
Wismar	747,9	W 3	+		Vilseck	738,6	W 3	halbbrod. + 6	
Aschersleben	745,7	W 4	wolkig		Christiansand	745,1	SO 1	wolkig + 2	
Hannover	745,2	W 3	+		Klagenfurt	745,5	NO 1	wiekg + 2	
Berlin	743,9	SW 2	+		Kopenhagen	740,7	WNW	8	
Dresden	743,6	W 3	wolkig		Stockholm	737,1	KNO	8 Schne	
Breslau	751,4	SW 2	Seas.		Harpa- raida	736,6	N 2	halbbrod. - 13	
Metz	751,7	W 6	bedeckt		Petersburg	730,7	O 2	wiekg - 7	
Frankfurt, M.	751,8	NW 2	Regen		Warschau	731,1	SW 1	wiekg + 1	
Karlsruhe	754,1	SW 1	bedeckt		Wien	733,8	W 1	Nebel + 10	
München	745,6	SW 6	wolkig +		Rom	730,6	SO 1	wiekg + 10	
Zugspitze	750,1	NW 7	Schne		London	737,6	S 2	+	
Wien	742,0	S 3	bedeckt		Saydlefjord	740,5	NO 3	+	

Beobachtungen in Wiesbaden

19. Februar.	7 Uhr	8 Uhr	9 Uhr	10 Uhr	11 Uhr	12 Uhr	13 Uhr	14 Uhr	15 Uhr
Barometer auf 0° und Normalschwere	747,7	744,6	742,0	741,4					
Barometer auf dem Meeresspiegel	751,1	750,0	752,2	753,3					</

